Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 36. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 22. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 21. Januar.

33. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg und von Selchow mit mehreren Commissarien.

Von dem Abg. v. Bonin (Genthin) ist folgender Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung aufzufordern, die gesetzliche Regelung der Stellvertretungskosten für diejenigen Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, welche Staatsbeamte sind, baldmöglich herbeizuführen." Motive. Denjenigen Staatsbeamten, welche Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes sind, werden keine Stellvertretungskosten zur Last gelegt. Ebenso war es bis 1863 auch bei den Staatsbeamten, welche Mitglieder des Hauses der Abgeordneten waren. Erst seit 1863 sind die Stellvertretungskosten den vorbezeichneten Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zur Last gelegt.

Wenn die Regierung zur Gleichstellung der Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes und des Abgeordnetenhauses es nicht für zweckentsprechend hielt, hinsichtlich der Letzteren wiederum das bis 1863 bestandene Verfahren eintreten zu lassen, so erscheint es um so dringender geboten, eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit baldmöglichst herbeizuführen, als nach den Erklärungen der Herren Minister des Innern und der Justiz bei der diesjährigen Budgetberathung in den verschiedenen Ressorts nicht einmal gleichmäßig verfahren zu sein scheint. (Unterstützt durch v. Bethmann-Hollweg, Windthorst (Meppen), von Bockum-Dolffs, Braun (Wiesbaden), Roepell u. A.

Der Antrag wird zur Schlußberathung gestellt und Windthorst (Meppen) vom Präsidenten zum Berichterstatter ernannt.

Die Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern war bei der Polizei-Verwaltung stehen geblieben und es werden Tit. 14—18 ohne Debatte bewilligt. (Tit. 17 zu allgemeinen polizeilichen Zwecken 92,933 Thlr., Tit. 18 Dispositionsfonds 40,000 Thlr.)

Zu Tit. 19 (Zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 40,000 Thlr.) erhält das Wort

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat sich beklagt, daß man der Regierung durch Streichung des geheimen Fonds die erforderlichen Mittel zur Entdeckung von Diebstählen und Verbrechen vorenthalten habe. Er hat dabei übersehen, daß der vorliegende geheime Fonds nur 1867 gestrichen wurde und daß die Polizei in den Jahren, in denen der Fonds bewilligt war, keineswegs besser war, als im Jahre 1867. Zur Entdeckung von Diebstählen und Verbrechen ist außerdem der Fonds von 92,933 Thlr. „zu allgemeinen polizeilichen Zwecken" bereits mit bestimmt. Daß dazu noch ein „geheimer Fonds" bestimmt werden soll, ist nicht nöthig, da die verwandten Summen leicht nachzuweisen wären, wenn sie zu diesen Zwecken verwandt würden. Es könnte aber mit den vorhandenen Mitteln ohne den geheimen Fonds mehr geleistet werden, als jetzt mit den geheimen Fonds geleistet wird. (Redner führt ein Beispiel an, woraus hervorgeht, daß die Polizei bei der Entdeckung von Taschendieben ꝛc. nicht die nöthige Energie und Umsicht entfaltet hat.) Damit jedoch die Regierung nicht wieder uns die Schuld in die Schuhe schieben kann, wenn die Polizei weniger leistet, als wir von ihr verlangen können, werde ich diesmal den geheimen Fonds bewilligen. (Heiterkeit in den Reihen der Fortschrittspartei.) Früher ist dieser Fonds wohl mit verwandt worden, auf das „Niederhalten der liberalen Partei", dessen sich der Minister des Innern so sehr gerühmt hat. Er unterschied dabei zwischen der liberalen und der Fortschrittspartei. Meiner Meinung nach ist eine Berechtigung zum Niederhalten einer Partei für die Regierung nur dann vorhanden, wenn diese Partei sich ungesetzlicher Mittel bedient. Nur in diesem Falle möge man sie verfolgen, vor Gericht stellen und bestrafeu. Daß eine solche Veranlassung von irgend einer Partei jemals gegeben sei, bestreite ich. Mir ist kein Fall bekannt, daß gegen einen Abgeordneten Untersuchung eingeleitet worden wegen ungesetzlicher Agitation außerhalb des Hanses.

Das Niederhalten einer Partei seitens der Administrativbehörden, wenn dieselbe nichts Ungesetzliches begeht, ist an sich nicht gesetzlich; um so weniger, als ja die Beamten, und speciell die Landräthe selbst dazu verwandt werden, um politische Agitation zu machen, als man deu geheimen Fonds dazu verwendet, um im regierungsfreundlichen, d. h. conservativen Sinne durch die Presse zu wirken. — Ich möchte hierbei dem Herrn Minister Folgendes zu bedenken geben: Sollte er einen liberalen Mann zum Nachfolger erhalten — was doch nicht ganz unmöglich ist — und dieser die Grundsätze des gegenwärtigen Ministers in seinem Sinne anwenden wollen, also von denselben Landräthen verlangen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die conservative Partei niedergehalten und nur liberale Abgeordnete gewählt würden, in welche Stellung kämen dann die Landräthe? Wenn irgend welche Achtung vor den Landräthen und nur ein Theil des berechtigten Einflusses, den sie zur vortheilhaften Ausübung ihrer Amtspflichten brauchen, bestehen bleiben soll, so darf ihre Stellung nicht dazu benutzt werden, im Sinne der Partei zu wirken, die gerade am Ruder ist; sonst wird sie vollkommen unhaltbar. Der Behauptung, daß beim „Niederhalten" ein Unterschied zwischen der liberalen und der Fortschrittspartei gemacht worden sei, muß ich widersprechen. Es sind mir vielmehr specielle Fälle bekannt, wo in einzelnen Kreisen mit ganz derselben Energie von Seiten der Landräthe gegen die Wahl sehr gemäßigt liberaler Männer aufgetreten worden ist, wie anderswo gegen die Fortschrittspartei, und wo Beamte alle Mittel und ihren ganzen Einfluß aufboten, um die Wahl von Männern, die irgendwie des Liberalismus verdächtig waren, zu hintertreiben. (Ruf: Sehr wahr!)

Es ließe sich eine solche Unterscheidung vielleicht auch schwer begründen. Denn wir, die nationalliberale Partei, haben wiederholt erklärt, daß wir die freiheitlichen Principien keineswegs aufzugeben gesonnen sind, und haben dies auch bewiesen. Und so lange aus den Aeußerungen des Ministers hervorgeht, daß er auf dem Standpunkt der bureaukratisch-centralisirten Polizeistaates steht, werden wir die Opposition hiegegen mit der Fortschrtttspartei theilen. Gleichzeitig mit der Trennung der Parteien auf der linken Seite ist eine Trennung auf der rechten Seite vor sich gegangen; und das ist ein Glück. — Es wird auf die Dauer unmöglich sein, daß ein Ministerium der Minorität regiert. Und trotz der Agitation bei den letzten Wahlen, trotz der großen Ereignisse und Erfolge der äußeren Politik ist es dem Ministerium doch nicht gelungen, in seinem Sinne die Majorität in diesem Hause zu erhalten; so günstig wird die Zeit so bald nicht wieder kommen, und spätere Wahlen werden hoffentlich sich noch günstiger für die liberale Partei gestalten. Ein solcher Zustand, daß ein Ministerium der Minorität am Ruder ist, ist aber für die Dauer nicht möglich, und wird über kurz oder lang beseitigt werden müssen.

Der Minister des Innern: Die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten kommen mir ganz unerwartet; ich war nicht darauf vorbereitet, dieselben gerade bei den geheimen Fonds zu hören. Da sie aber einmal stattgefunden haben, so antworte ich einige Worte darauf. Sie werden aus meinem Munde niemals eine Anspielung auf frühere Parteikämpfe oder die Hervorhebung schroffer Gegensätze hören, wenn ich nicht dazu so speciell veranlaßt worden wäre, wie es damals geschehen ist. Wenn Herr von Unruh mir vorwirft, daß ich auch heute noch einen Ton anschlage und eine Stellung einnehme, die den Standpunkt einer schroffen Parteiansicht zu erkennen giebt, so glaube ich, er thut mir Unrecht; meine Absicht ist es gewiß nicht, und ich glaube nicht, daß man einer Regierung mit weniger Recht den Vorwurf machen kann, eine schroffe Parteistellung einzunehmen, als derjenigen, die gegenwärtig am Ruder ist. Man wird uns nicht vorwerfen können, daß wir diejenigen Ansprüche verkennen, welche die liberale Partei an eine Mitwirkung in der Regierung zu machen hat. Es beweist das am besten der Umstand, daß wir vielleicht es gerade gewesen sind, die dazu beigetragen haben, Meinungsverschiedenheiten im conservativen Lager hervorzurufen. Diese Zersetzung ist gerade eine Folge der Haltung des Ministeriums und beweist am deutlichsten, daß dies Ministerium einer bestimmten Partei nicht angehört. Daß Herr v. Unruh diesmal ohne Weiteres die 40,000 Thlr. bewilligen will, ist mir ein Zeichen, daß er dasselbe erstrebt wie wir.

Abg. v. Mitschke-Collande: Diesmal wird die Polizei unter einem anderen Titel angegriffen, als es früher der Fall war. Sonst wurden ihre Uebergriffe hervorgehoben, jetzt hören wir gerade das Gegentheil. Aber gerade die Fortschrittspartei hat mit dazu beigetragen, das Ansehen und die Polizei in ihrer Macht zu schwächen, obwohl sie jetzt auch zu der Ansicht gekommen zu sein scheint, daß ohne eine kräftige Polizei im Lande nicht auszukommen ist und ich überzeugt bin, daß sie jetzt unseren Anträgen, wenn dergleichen erfolgen sollten, die Polizei zu kräftigen und zu stärken, beistimmen würde. Der schlimmste Umstand ist der, daß die Polizei bei uns zur Rolle eines Denuncianten heruntergedrückt ist; da verliert sie zuletzt den Muth und die Lust, zu rechter Zeit Anklagen zu erheben. Bei uns geht das nicht so wie in England, daß man ruhig Einem auf die Schulter klopft und sagt: Du bist mein Gefangener! Hier widersetzen sich die Gefangenen, und um Einen gefangen zu nehmen. müssen erst 20 bis 30 Schutzleute zusammenkommen. Würden die Schutzleute alle in Gendarmen verwandelt, dann würden sie ganz anders wirken. Herrn v. Unruh bemerke ich noch, daß es uns seiner Zeit nicht besser gegangen ist als der liberalen Partei. Wenn die conservative Partei von dem Ministerium der neuen Aera auch nicht gerade niedergehalten worden ist, so werden Sie doch zugeben: unterstützt ist sie nicht worden. Ich halte es übrigens für nicht vereinbar mit einer Constitution, wenn das Ministerium nicht wenigstens die Spitzen der Behörden zur Disposition stellen kann, sobald sie mit dem Ministerium nicht übereinstimmen. Sie können aber überzeugt sein, daß wenn ein liberales Ministerium an's Ruder kommen sollte, mit dem die Landräthe nicht übereinstimmen, diese gar nicht darauf warten würden, bis sie zur Disposition gestellt würden, sondern daß sie selbst ihre Entlassung geben würden. (Gelächter links.)

Abg. v. Hoverbeck: Es freut mich, daß der Herr v. Unruh noch einen gewissen Zusammenhang zwischen seiner Partei und der unseren anerkennt; ich würde mich jedoch noch mehr freuen, wenn die nationalliberale Partei sich nicht begnügte mit der Sonderstellung, welche die Regierung ihr gegenüber einnimmt, sondern ihren Zusammenhang mit uns nun auch durch ihre Abstimmung bethätigen und mit uns gegen den geheimen Fonds stimmen würde. Wir von unserer Seite müssen sagen, wenn ein Minister offen erklärt, daß es ein wesentlicher Hauptheil seiner Wirksamkeit mehrere Jahre lang gewesen sei, wenn er es als seine Verpflichtung erklärt hat, eine bestimmte Partei und zwar unsere Partei niederzuhalten, dann kann er von uns das Vertrauen nicht verlangen, daß wir eine Summe für einen geheimen Fond, die zu seiner Disposition steht, also zu unserer Niederhaltung bewilligen. Der Dispositionsfond kann diesen geheimen Fond sehr gut ersetzen, es ist nicht nothwendig, diesen Fond geheim zu halten, und wenn wir gegen diese Position stimmen, so sind wir deshalb nicht gegen die Polizei. Ich meine nur, daß, seitdem sie dazu verwendet wird, eine Partei niederzuhalten, ihr Ansehen dadurch leidet, nicht die Partei. Ich bitte Sie, gegen diese Position zn stimmen und dadurch zu mißbilligen, daß die Polizei zu obigen Zwecken verwendet wird. (Beifall links.)

Abg. Lasker: Der Abg. v. Hoverbeck hat meinem Freunde Unruh sehr unrecht gethan, wenn er ihn fragt, ob er sich begnügt mit der Sonderstellung, welche die Regierung unserer Partei einräumt. Herr v. Unruh hat im Gegentheil dem Herrn Minister gegenüber behauptet, daß ein Unterschied zwischen den liberalen Parteien dem Ministerium des Innern gegenüber nicht existire und von uns nicht anerkannt wird. Wir haben, ich glaube an demselben Tage, an dem wir uns als getrennte Fraction constituirt haben, gezeigt, daß wir nicht gesonnen sind, durch die deutschen Angelegenheiten uns wegtäuschen zu lassen über die inneren Angelegenheiten. — Wenn dieses Mal eine große Zahl politischer Freunde eine andere Stellung zu diesem Fonds einzunehmen beabsichtigt, so bitte ich Herrn v. Hoverbeck, nicht zu vergessen, daß es schon im vorigen Jahre unsere Absicht war, diesen Fonds zu bewilligen und nur den Fonds zu streichen, welcher für Preßangelegenheiten im Etat des Staatsministeriums aufgestellt war, und erst als wir hierin überstimmt wurden, stimmten wir gegen diesen geheimen Fond. — In Beziehung auf die Presse haben der Abg. v. Hoverbeck und meine politischen Freunde anerkannt, daß ein gewisser Gebrauch von Staatsgeldern zur Stützung der Presse an sich nicht ausgeschlossen sei, wir haben nur die Art des Gebrauchs dieser Gelder getadelt; weil aber damals die Provinzial-Correspondenz es sich zur wichtigsten Angelegenheit machte, eine bestimmte Partei zu verfolgen, sagten wir, wir würden kein Geld bewilligen zu einer Waffe, die wir für unanständig und gesetzlich unzulässig hielten. Mir ist nicht bekannt, daß dieses Blatt seine Thätigkeit in derselben Art und Weise fortgesetzt hätte; wird mir ein Beispiel angeführt, daß diese Gelder noch zu solchen Zwecken verwendet werden, so will ich auch heute dagegen stimmen.

Der Herr Abgeordnete von Mitschke-Collande beklagt sich darüber, worüber jeder Preuße erstaunen wird, daß nämlich die Polizei uicht genug in Ansehen stehe und hat als Beleg dafür einen jener Vergleiche mit England aufgestellt. Diese Berufungen auf England kommen in der Regel aus halbem Wissen, weil man nur die eine Seite der Sache kennt. Die wahre Ursache dieses größeren Ansehens ist die, daß die Polizei dort gewohnt ist, im Namen des Gesetzes einzuschreiten und nicht im Namen einer Polizeibehörde. Wir sind so überwuchert mit Polizeibefugnissen, daß wir hilflos den Anordnungen der Polizei gegenüberstehen, und in den höheren Instanzen ist keine Abhilfe. Schaffen Sie uns eine Polizei, deren jedes einzelne Mitglied sich bewußt ist, nur im Namen das Gesetzes zu handeln, so wird sich das Ansehen der Polizei von selbst herstellen, dann wird nur der Widerstand leisten, der wirklich die Absicht hat ein Verbrechen zu begehen. So aber sind es gerade die besten Bürger, die sich gegen Polizeiverordnungen auflehnen, weil sie die Unmasse ihrer Befugnisse nicht begreifen können. (Beifall.)

Abg. Kantak: Ich und meine Landsleute werden gegen diesen Fonds stimmen, weil diese Gelder in unserer Provinz noch eineu andern Zweck haben. Ich erinnere an die Interpellation v. Niegolewski's und an die letzten Ereignisse des Hochverrathsprocesses: ich erinnere daran, wie man den Fonds verwandt hat zur Fälschung von Papieren und zur Versenduug revolutionärer Aufrufe, um uns dadurch zu schädigen, alles Dinge, die der Abgeordnete Lent hier schon mitgetheilt hat und actenmäßig belegen kann. Wir haben keine Garantie, daß diese Gelder nicht auch jetzt noch gegen uns angewendet werden.

Abg. Graf Schwerin: Wir werden für diesen Fonds lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen stimmen, ohne die Frage des Vertrauens und Mißtrauens gegen das Ministerium irgendwie zur Geltung zu bringen, weil jeder größere Staat und jedes Ministerium, abgesehen von seiner Parteistellung, solche Fonds braucht. Darin bin ich mit vielen Herren einverstanden, daß das Ministerium und namentlich das des Innern vielleicht besser daran gethan hätte, in der Vergangenheit mehr eine organisatorische als reprimirende Thätigkeit zu entwickeln und daß es ihm dann vielleicht eher gelungen wäre, eine Annäherung der conservativen und liberalen Partei zu bewirken. Der Fonds aber ist unentbehrlich.

Abg. v. Hoverbeck: Selbst wenn ich zugeben wollte, was ich nicht zugebe, daß jedes Ministerium einen solchen Fonds braucht, würde ich gegen ihn stimmen. Es kommt nicht blos darauf an, daß er nothwendig ist, sondern auch, daß er im richtigen Sinne verwendet wird. Alles, was der Herr Abg. Lasker in dieser Beziehung gesagt hat, wird hinfällig, weil Niemand garantiren kann, was aus dem Fonds geschafft wird. Nach meiner Auffassung des Budgetrechts und der Budgetpflicht dürfen wir einen geheimen Fonds nur dann bewilligen, wenn wir die Garantie haben, daß er richtig verwendet wird. — Herrn v. Unruh und seine Partei habe ich nicht beschuldigt, daß sie sich heute anders ausgesprochen haben, sondern nur bedauert, daß sie anders stimmen.

Bei der Abstimmung wird Tit. 19 mit großer Majorität angenommen, dagegen die Fortschrittspartei, die Polen und einzelne Mitglieder des Centrums.

Es folgt der Abschnitt: Land-Gendarmerie (Tit. 20—25) 1,640,300 Thaler, um 149,256 Thlr. mehr als im v. J.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 1) v. Bonin (Genthin): die Regierung aufzufordern, einen Gesetzes-Vorschlag, betreffend die anderweite Organisation der Landgendarmerie den beiden Häusern des Landtages baldmöglich vorzulegen.

2) Aßmann: die in diesem Etat mehr geforderten Summen für die Creirung neuer Stellen von Brigadeoffizieren u. A. zu streichen. (Die einzelnen Zahlen geben wir bei der Abstimmung.)

Reg.-Commissar v. Kehler bekämpfte beide Anträge. Die bisherige Organisation habe sich durchaus bewährt. — Die Vermehrung der Brigadeoffiziere sei deshalb nothwendig geworden, weil man die Zahl der Districtsoffiziere in Folge eines früher vom Hause ausgesprochenen Wunsches vermindert habe. Streiche man erstere, so müsse man letztere wiederherstellen. Die Gehaltssätze seien nirgends zu hoch bemessen, da die Gendarmerieoffiziere, da sie hauptsächlich zur Controle ihrer Untergebenen da sind, sich meist auf Reisen befinden und deshalb eine Menge Auslagen haben.

Abg. Jansen (gegen Aßmann): Die Gehälter der Districtsoffiziere wie der Brigadiers werden zur Hälfte durch Reisen absorbirt. Sie sind zudem im Vergleich mit andern Beamten dieser Stellung außerordentlich niedrig.

Abg. v. Bonin-Genthin: Es fragt sich nicht, ob die von der Regierung beabsichtigte Veränderung in der Organisation der Landgendarmerie, wonach die Brigadiers beibehalten, die Zahl der Districtsoffiziere aber erweitert werden soll, praktisch ist oder nicht. Es handelt sich darum, ob der dazu von der Regierung eingeschlagene Weg verfassungsmäßig correct sei oder nicht; ich glaube das Letztere. Die jetzige Organisation ist eine gesetzlich bestehende und kann nur auf dem Wege der Gesetzgebnng abgeändert werden.

v. Vincke-Olbendorf: Die Kleidung der Gendarmerie entspricht nicht ihrem Zweck. Ein glänzender Helm und ein weißes Bandelier sind nicht geeignet für einen Beamten, der Verbrecher einfangen soll.

Reg.-Commissar v. Borries: Dieser Uebelstand wird auch von der Regierung anerkannt und wird durch eine entsprechendere Bekleidung abgestellt werden.

Abg. Aßmann: Die Absicht meines Antrages ist die, alle Besoldungen für neue Offiziersstellen, so wie die Erhöhungen der bereits bestehenden so lange abzusetzen, bis die Regierung mit der Landesvertretung eine Vereinbarung getroffen hat, durch welche die neue Organisation gesetzlich geregelt wird.

Reg.-Commissar v. Kehler: Die Regierung setzt sich durch die beabsichtigten Veränderungen nicht in Widerspruch mit der gesetzlichen Grundlage, auf welcher die bestehende Organisation beruht. Es ist hier die Zahl der Offizierstellen nicht bestimmt, und die Feststellung derselben ist also nur als eine Budgetfrage zu behandeln. Selbst angenommen aber, daß Sie dem Antrage im Princip zustimmen, so hoffe ich doch, daß Sie nicht so weit gehen werden, etatsmäßige Stellen ohne Zustimmung der Regierung zu streichen. Dies bezweckt aber der Antrag des Abgeordneten Aßmann. Er will nur die Besoldung für 31 Distriktsoffiziere bewilligen, während die etatsmäßige Zahl der Stellen für die alten Provinzen 33 beträgt. Dabei wird das Bedürfniß der neuen Landestheile, in denen die Zahl solcher Stellen 11 betragen soll, gar nicht berücksichtigt; ich ersuche Sie deshalb, den Antrag des Abgeordneten v. Bonin ebenso wie den des Abgeordneten Aßmann abzulehnen.

Der Minister des Innern: Das Ministerium des Innern ist mit der offen ausgesprochenen Ansicht des Hauses, daß es zweckmäßig sei, daß die militärische Organisation und Disciplin der Gendarmerie nicht weiter greifen müsse, als es durchaus nöthig sei, vollkommen einverstanden. Das Haus hat seit mehreren Jahren Anträge dahin gestellt, die Brigadiers fortfallen zu lassen. Ich bin in der eigenthümlichen Lage, mich hierüber nicht aussprechen zu können, da das Ministerium des Innern nicht allein dabei betheiligt ist. Auch ich halte es für wünschenswerth, daß die Gendarmerie nicht durch zu viel militärische Vorgesetzten von ihrer Bestimmung abwendig gemacht werde. Mit welchen Mitteln aber die nothwendige militärische Disciplin aufrecht zu erhalten ist, das liegt in einem andern Ressort und eine Einigung mit demselben ist nöthig. Wenn ich Sie nun versichere, daß für den Augenblick nichts weiter zu erreichen ist, als das, was im Augenblicke Ihnen hier vorliegt, daß keine Hoffnung für Beseitigung der Brigadiers vorhanden ist und wenn ich Ihnen verspreche, auch künftig auf Vereinfachung des militärischen Organismus hinzuwirken, so weit es in meinen Kräften steht, so glaube ich, thut das Haus am Besten einen Beschluß zu sanctioniren, der doch, soweit ich die Auffassung des Hauses verstehe, wenigstens als eine kleine Verbesserung anerkannt werden muß. Im andern Falle muß auf das zurückgegangen werden, was bisher bestanden hat. Nehmen Sie das, was die Regierung Ihnen bietet, als dasjenige an, was in der Richtung Ihrer Wünsche erreichbar ist, und entziehen Sie nicht durch Ablehnung dieser Vorschläge dem Ministerium des Innern seine Stellung in dieser Frage.

Abg. Stavenhagen: Schon seit einem Decennium werden wir von Jahr zu Jahr mit einer Reorganisation der Gensdarmerie vertröstet. Wir haben daher alle Veranlassung, unserem Wunsche, daß die Sache gesetzlich regulirt werde, allen den Nachdruck zu geben, der uns möglich ist, d. h., daß wir alle Ausgaben für die höheren Stellen bis zu dieser gesetzlichen Regulirung streichen. Ich bestreite es, daß wir jetzt wenigstens etwas Besseres vor uns haben, ich sehe im Gegentheil nur eine reformatio in pejus; das Institut der Brigadiers ist jetzt schlechter als je.

Reg.-Commiss. v. Borries sucht die Vortheile der neuen Einrichtung hervorzuheben.

Der Schluß der Discussion wird abgelehnt.

Abg. Twesten: Von der Regierung ist uns lange Jahre entgegengehalten worden: die Organisation der Gensdarmerie beruht auf Gesetz, also könnt ihr nichts streichen. Jetzt aber ändert sie die Regierung mit einem Male selbstständig, da haben wir doch jedenfalls für alle neuen Stellen ganz freie Hand. Früher hatten wir 41 Gensdarmerie-Offiziere, nach dem Verhältniß der Einwohnerzahl der neuen Provinzen müssen dieselben auf etwa 50 vermehrt werden, wir finden aber im Etat 74. Das ist eine viel zu große Zahl. da selbst die frühere schon zu groß war. Wir müssen uns auch vorsehen wegen des Pensionsetats; der ganze Etat der Gensdarmerie beträgt ungefähr 1 Million, davon der Pensionsetat allein 200,000 Thaler, also den fünften Theil davon; das ist die Folge davon, daß diese Offizier-Stellen als Militär-Versorgungen angesehen werden. Früher konnten wir uns das eher gefallen lassen, es war gleichgiltig, ob wir diese Gelder als Pensionen für Militärs oder als Gehalt für Gensdarmerie-Offiziere bezahlten. Jetzt aber, wo der Militäretat auf den norddeutschen Bund übernommen ist, haben wir alle Ursache, in diesen damit zusammenhängenden Ausgaben so sparsam wie möglich zu sein.

Reg.-Commissar v. Kehler: Man kann die neuen Provinzen doch nicht ganz ohne Gendarmerie-Offiziere lassen; die Vermehrung derselben war geboten durch die Erweiterung der Geschäfte.

Abg. Graf Eulenburg: Der Antrag Aßmann ist vollkommen unannehmbar. Es ist nicht richtig, daß 74 Gendarmerie-Offiziere im Etat gefordert werden; es sind nur 56. Streichen Sie von diesen nach dem Antrage Aßmann 11 ab, so bleiben im Ganzen nur 45 Gendarmerie-Offiziere, also nur drei neue Brigadiers für die neuen Provinzen und gar keine Districts-Offiziere.

Abg. v. Bonin (Genthin): Die Annahme des Aßmann'schen Antrages empfiehlt sich dadurch, daß die Regierung endlich daraus Veranlassung nehmen wird, uns gerecht zu werden und diese ganze Angelegenheit zur gesetzlichen Regelung zu bringen, was ein im ganzen Lande dringend empfundenes Bedürfniß ist.

Der Schluß der Discussion wird wiederum abgelehnt.

Abg. Aßmann: Es ist ein völlig ungerechter Vorwurf, daß mit Annahme meines Antrages keine Districts-Offiziere für die neuen Provinzen bewilligt werden; es werden für sämmtliche Provinzen Districts-Offiziere bewilligt, nur die von der Regierung geforderten Adjutanten werden abgesetzt.

Abg. Graf Eulenburg: Ich weiß sehr wohl, daß auch nach Annahme des Aßmann'schen Antrages sämmtliche Districts-Offiziere bewilligt werden, die von der Regierung im Etat gefordert werden. Die Regierung hat aber in der Voraussetzung, daß die von ihr getroffene neue Einrichtung vom Hause gebilligt werden würde, die Zahl der Districts-Offiziere nicht entsprechend dem Umfange der neuen Provinzen vermehrt, und deshalb bleibe ich dabei, daß der Effect der Annahme des Aßmann'schen Antrages der sein wird, daß für die neuen Provinzen keine Districts-Offiziere bewilligt werden.

Bei der Abstimmung werden alle vom Abg. Aßmann beantragten Streichungen genehmigt: 13,800 Thlr. von den Besoldungen, 3900 Thlr. von den Reisekostenzulagen, 4488 Thlr. von den Fouragekosten, 1494 Thlr. von Bureaubedürfnissen und somit im Ganzen 13,682 Thlr. von dem Ausgabe-Etat der Landgensdarmerie abgesetzt.

Regierungs-Commissar v. Kehler erklärt, daß die Regierung sich vorbehält, neue Positionen für die Districts-Officiere, welche für die neuen Provinzen nöthig sind, bei der Schlußberathung einzubringen.

Auch der Antrag des Abg. v. Bonin wird mit großer Majorität genehmigt.

Es wird darauf zu dem Etat der Straf-, Besserungs- und Gefan-

minister legte der Delegation das Budget für die gemeinsamen Angelegenheiten vor. Sodann wurden die Schriftführer und Ordner gewählt und die Vollmachten der Mitglieder geprüft.

⊙ **Lemberg,** 18. Jan. [Zur Emancipation der Israeliten.] Die rigorösen Bestimmungen über den Erwerb von Landgütern in Galizien von Seiten der Israliten sind nun wirklich schon gefallen, wie aus folgendem amtlichen Vorfall hervorgeht. Ein amerikanischer Bürger, Israelit, war im Begriff, vor einigen Monaten ein Rittergut in Galizien zu kaufen, konnte aber den Besitztitel hierfür, seiner Religion wegen, nicht erlangen. Nachdem derselbe sich an das österreichische Consulat in Breslau wegen dieser Ausschließung gewandt, beantragte Letzteres, sowohl bei der hiesigen Statthalterei von Galizien, als auch beim Ministerium des Aeußern in Wien die Zulassung des israelitischen Käufers. Als Motiv wurde angeführt, daß durch die Ausschließung israelitischer Käufer der Staat resp. Galizien sich selbst schädige, daß zwar die israelitischen Kauflustigen oftmals den Realbesitz vertheuern, aber denselben deswegen auch fruchtbarer und steuerwürdiger machen, zumal, wenn sie mit Sachkenntniß und Capital versehen sind. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, hat die hiesige Statthalterei dem Ansuchenden die Mittheilung zukommen lassen: daß Se. Majestät mit Entschließung vom 25. November v. J., also vor den neuen Staatsgrundgesetzen, ihm die Genehmigung zur Erwerbung landtäflicher Güter ertheilt habe. Dabei wird noch besonders von dem Statthalter Grafen Goluchowski hinzugefügt, daß durch die inzwischen jetzt in Wirksamkeit getretenen Staatsgrundgesetze die Erwerbungsfähigkeit jeder Art Liegenschaft, sowie der Genuß politischer und bürgerlicher Rechte von dem Religionsbekenntnisse als unabhängig gewährleistet ist. Hoffentlich werden auch Tirol, Salzburg u. A., wo bisher, wegen der dissentirenden eigenthümlichen Rechte der Communen zur Aufnahme in den Zuständigkeitsverband der Nichtkatholiken die größten Schwierigkeiten, namentlich bei Erwerbung von Grundstücken gemacht würden, unter den sehr freisinnigen Staatsgrundgesetzen sich bequemen, alle veralteten, nicht mehr zeitgemäßen Sonderbestimmungen aufzugeben.

Schweiz.

Bern, 14. Jan. [Aus Sissach] im Canton Baselland meldet man der „K. Z.", daß die dort weilenden flüchtigen Hannoveraner sich vorgestern Abend so gröblich gegen dortige Bürger benommen haben, daß polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte und die Excedenten nach Liestal ins Gefängniß abgeführt wurden. Wie bereits berichtet, kamen ähnliche Scenen auch schon anderswo vor. Es ist übrigens gar nicht zu verwundern, wenn junge kräftige Leute, ohne jede Beschäftigung und doch mit hinreichendem Gelde versehen, ihre täglichen Bedürfnisse zu befriedigen, sich mit der Zeit derartiger Ueberschreitungen schuldig machen.

[Dr. Demme.] Das auch im Auslande verbreitete Gerücht, der von dem bekannten Vergiftungs-Processe her bekannte Dr. Demme lebe als Arzt in Mexico, seine und Flora Trümpi's Vergiftung in Nervi bei Genua sei eine mit guten Freunden arrangirte Komödie gewesen, welches Gerücht nicht nur bei dem großen Publikum, sondern auch bei mit jenem Processe wohl vertrauten Juristen Glauben fand, hat seit vorgestern neue Nahrung gefunden. Seit einiger Zeit treffen nämlich fast täglich entlassene Militärs von der aus Mexico nach Algier zurückgekehrten Fremdenlegion in Bern ein. Von diesen äußerte einer bei Erzählung seiner Erlebnisse in Mexico, er sei dort an der Cholera erkrankt und von einem Dr. Demme behandelt worden, der ein geborner Berner sei. Als er hierauf von einigen ihm zuhörenden Bürgern befragt wurde, ob er dies gerichtlich bestätigen könne, versicherte er wiederholt, seine Aussage sei die reine Wahrheit, der er auch, zu dem Regierungs-Statthalter geführt, treu blieb. Laut der „Berner Zeitung" soll der Mann sogar in dem mit ihm angestellten Verhör ausgesagt haben, der in Mexico eingetroffene Dr. Demme habe ihm einen Brief an seinen Bruder in Bern mitgegeben, bei dessen Abgabe er 2 Fr. Trinkgeld erhalten habe. Ebenso soll seine Beschreibung der Person des Dr. Demme in Mexico mit dem Signalement des Berner Doctors vollständig übereinstimmen. Ob diese Angaben der „Berner Zeitung" richtig sind, bleibe dahingestellt, dagegen ist es wirklich Thatsache, daß ein aus Mexico zurückgekehrter Militär wegen der oben angegebenen Aeußerungen auf dem Regierungs-Statthalter-Amte verhört und sogar in Gewahrsam genommen worden ist.

Amerika.

Newyork, 4. Januar. [Der Neujahrstag] ist mit seinen gewöhnlichen Festlichkeiten verlaufen. Morgens Empfang des diplomatischen Corps, des Cabinets und der in Washington anwesenden Congreßmitglieder, Armee- und Marineoffiziere bei dem Präsidenten. Um Mittag wurden dann, wie immer an diesem Tage, die Pforten des Weißen Hauses dem Publikum aufgethan, das in buntester Mischung hereinströmte, um dem Präsidenten die Hand zu schütteln. Zwei Stunden lang mußte Mr. Johnson seinen Arm den unabläßig zudrängenden Mitbürgern überlassen, worauf das Lever endete. General Grant und die übrigen Cabinetsmitglieder hielten ebenfalls den üblichen Empfang.

[Die Fenier der Vereinigten Staaten] haben einen neuen Präsidenten gewählt. Der bisherige Chef der fenischen Bewegung in Nordamerika, der bekannte W. R. Roberts, hat zu Gunsten des Obersten John O'Neill sein Amt niedergelegt und Letzterer ist nun durch einmüthiges Votum Präsident des fenischen „Senats". O'Neill ist keine unbekannte Persönlichkeit. Er ist ein geborener Irländer, trat im Jahre 1853 in die Armee der Vereinigten Staaten und avancirte während des Bürgerkrieges zum Lieutenant. Er diente hauptsächlich in Tenessee und commandirte zuletzt ein Regiment Cavallerie. Er hat sich bei allen Gelegenheiten als ein tapferer und unerschrockener Soldat ausgezeichnet. — Der Feniersenat, der in den Vereinigten Staaten Nordamerikas seinen Sitz hat, hat in Veranlassung des Clerkenwell-Attentats (an welchem der Senat jede Mitschuld ablehnt) ein neues Manifest erlassen, um sich in den Augen der amerikanischen Freunde zu rechtfertigen.

Darin wird die englische Regierung angeschuldigt, daß sie, nicht zufrieden mit der Beraubung und Unterdrückung Irlands, dasselbe mit Ränken und Verleumdungen verfolge und damit der irischen Nation den Kampf für ihre Unabhängigkeit noch schwerer mache, als den Polen, den Ungarn oder Kandioten ihr Ringen geworden sei. So habe man die Schandthat von Clerkenwell dem Fenierbunde zur Last gelegt, eine That, die nicht allein den Principien der Organisation von Grund aus widerstreite (?), sondern auch ihrer Politik im höchsten Grade schädlich sei. Die augenfällige Absicht bei dieser Handlungsweise sei nur, von den Unthaten, die sich die englische Regierung nicht nur jüngst in Manchester, sondern allenthalben, besonders in Indien, aufgebürdet, die Aufmerksamkeit abzulenken und eine Rechtfertigung für ihren Terrorismus zu gewinnen. Anklagen solcher Art in England und von der englischen Regierung erhoben, sei Irland gewohnt zu tragen; aber vor dem amerikanischen Volke und allen Freunden der Freiheit fühle sich der fenische Senat und im Namen und als Vertretung des Bundes berufen, gegen die Urheberschaft, Mitwissenschaft oder Ermuthigung der That in Clerkenwell sowohl, wie allen ähnlichen Brandlegungen zu protestiren. Es betrachte der Fenierbund dieselben im Gegentheil als angelegt und gesponnen von geheimen Regierungsagenten (?), um ein gehässiges Licht auf die nationale Sache zu werfen. Irlands Geschichte sei bei allen Regierungswechseln freigeblieben von solchen Flecken. Irländer seien aber auf allen Schlachtfeldern Europas den Söldlingen englischer Tyrannen gegenüber gestanden. Allein England, das die junge Freiheit in Amerika mit dem Scalpirmesser des Indianers auszurotten gesucht, habe von Guy Fawkes historischer That bis zu den Mordgeschichten von Sheffield viel Aehnliches aufzuweisen; in der Gegenwart habe es die Männer, welche die Kaserne der päpstlichen Zuaven in Rom in die Luft gesprengt, unterstützt, wie es seiner Zeit Orsini seine Bomben geliefert. Das Feniertbum kämpfe nicht gegen Leben und Eigenthum englischer Brüder, sondern gegen feudale Tyrannei, es traue auf Gott und seinen Arm, und sein Motto sei: „Freiheit für Alle", sein Feldgeschrei: „Gott erhalte Irland."

[Die vollständigen Ausweise über die Einwanderung des Jahres 1867] ergeben eine Gesammtzahl von 243,141 Emigranten für den Hafen Newyork, 9723 mehr als im Jahre vorher. Der Zuwachs kommt hauptsächlich auf deutsche Rechnung, denn das deutsche Element, das mit 116,228 Seelen darunter figurirt, hat damit die Zahl des Jahres 1866 um 9572 Seelen überstiegen. Der Strom der neuen Ankömmlinge hat sich hauptsächlich nach dem Thale des Mississippi gewendet, während die Irländer, die der Zahl nach ihnen am nächsten kommen (65,327 Seelen), sich meist in Newyork und Pennsylvanien eine Stätte suchen.

Newyork, 4. Januar. [Ernennungen. — Finanzielles. Dickens.] General Hancock hat an Stelle des zurückgetretenen Gouverneurs Flanderns für Louisiana in der Person Joshua Baker's, eines bekannten Conservativen, einen Nachfolger ernannt. General Butler läßt sich in seinem Streben nach politischem Einflusse nicht leicht zurückschrecken. Abermals ist eine Bill von ihm angekündigt und dieses Mal gilt es die Wieder-Emission des von M'Culloch aus dem Verkehr gezogenen Papiergeldes. Daß die von Butler u. Gen. angestrebten Papierzahlungen übrigens das Vertrauen zu den 5—20er Bonds nicht allgemein untergraben, ersieht man daraus, daß Dickens die Erträge seiner Vorlesungen im nationalen Papier anlegt. Der beliebte und berühmte Schriftsteller findet allenthalben enthusiastische Aufnahme und man ist allenthalben darüber einig, daß, wenn er auch fünf Jahre lang seine Vorlesungen fortsetze, er doch regelmäßig auf 8000 Doll. Reinertrag für jede Woche rechnen könne.

[Päpstliche Werbungen.] In Untercanada wird, nach Briefen von dorther, auch in der That für die päpstliche Armee geworben. Eine Anzahl von Söhnen der besten, französisch-canadischen Familien haben den Segen des Erzbischofs von Quebeck erhalten und sich auf den Weg nach Rom gemacht.

[Waffenlieferungen.] Amerikanische Zeitungen berichten von sehr bedeutenden europäischen Bestellungen in den Waffenfabriken der Colt Patent Firearms Company in Hartford (Connecticut): die russische Regierung habe 30,000 Berdanbüchsen auf Lieferung in 18 Monaten bestellt und Preußen habe Ordres gegeben für 100 Revolver-Kanonen (Gatling's System).

[Aus Westindien.] In St. Thomas war bei Abgang der westindisch-englischen Post (31. Dec.) Alles noch wegen der anhaltenden Erdstöße in größter Verwirrung. Der Gesundheitszustand war befriedigend, doch athmete der Hafen bei der geringsten Bewegung so arge pestilentialische Dünste aus, daß Besorgnisse vor einer neuen Seuche auftauchen. In Jamaica stellt sich ein Deficit von 56,000 D. in den Jahreseinnahmen heraus. In Folge dessen wurde der Antrag auf Erhöhung aller Einfuhrzölle um 10 pCt. gestellt. Auch in Demerara steht ein bedeutendes Deficit bevor.

A. A. C. **New-York,** 8. Jan. [Der Senat] hat ein Gesetz genehmigt, welches die Baumwoll-Ernte des Jahres 1868 von der Steuer befreit, dieselbe aber nach dem Jahre 1868 wieder zu erheben befiehlt und schließlich die Steuer auf fremde Baumwolle für das mit April endigende Fiscaljahr 1869 aufhebt.

[Die Freedmen's-Bureaux] haben, wie verlautet, ihre Agenten ermächtigt, den heruntergekommenen Baumwollpflanzern Vorschüsse zu leisten und für die Rückzahlung das Retentionsrecht auf die Ernte-Erträge zu beanspruchen.

[In der Convention zu Virginia] ist eine Resolution eingebracht worden, derzufolge alle während der Revolution in Virginia contrahirten Schulden durch eine Zahlung von 25 pCt. als gesetzlich regulirt betrachtet werden sollen. — Wie verlautet, hat sich die Convention zu Virginia zu Gunsten der Berufung Chase's als Präsidenten der Vereinigten Staaten entschieden.

[Aus St. Domingo] bringen New-Yorker Zeitungen Nachrichten, denen zufolge General Cabral nach der Turk'sinsel geflüchtet und General Baez zum Präsidenten von St. Domingo proclamirt worden sei. Sennor Pujal, der Gesandte Cabral's, ist in Washington eingetroffen, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten über den Verkauf der Samana-Bay zu unterhandeln.

[Berichte aus Mexico] melden, daß Juarez an Weihnachten feierlich als Präsident eingesetzt worden sei. Wie verlautet, soll eine allgemeine Rebellion gegen ihn im Werke sein.

Provinzial-Zeitung.

Breslau. In der Sitzung der historischen Section der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur wurde vom Herrn Gymnasiallehrer Dr. Markgraf „das Verhältniß des Königs Georg von Böhmen zu Papst Pius II. 1462—1464" erörtert. Der Vortrag ging von dem Prager Hoftage im August 1462 aus, wo sich der König offen zum Utraquismus bekannt hatte, die Katholiken ihn jedoch im Stiche gelassen hatten, als er von ihnen eine Garantie gegen die Compactaten begehrt hatte. Nach diesem Ereigniß sagte sich Breslau offen vom König los und suchte einerseits ganz Schlesien mit sich fortzureißen, andrerseits den Papst zum Einschreiten gegen den König zu bewegen. Das Erstere gelang nicht, hauptsächlich weil der Bischof, ein böhmischer Magnat aus dem Hause Rosenberg, ihnen entgegenarbeitete. Der Papst aber wurde durch die Intercession des Kaisers ebenfalls von directen Feindseligkeiten gegen den König abgehalten. Dies dauerte vom December 1462 bis März 1463. Als indeß die versprochenen Erbietungen des Königs immer noch ausblieben, nahm Pius am 29. März 1463 Breslau in den päpstlichen Schutz und befahl dem auf den Nürnberger Reichstag abreisenden Legaten Bischof von Torcella, den deutschen Fürsten zu erklären, daß in Betreff der Compactaten keine Nachgiebigkeit zu erwarten sei. Auf neue zweimalige Intercession des Kaisers suspendirte er jedoch am 18. Juli die sich an die Bulle vom 29. März knüpfenden geistlichen Processe, wenn der König Breslau in Ruhe ließe. In dieser Stadt selbst war inzwischen über die Bulle ein heftiger Streit zwischen dem seit dem 12. Mai hierselbst weilenden Legaten Erzbischof Hieronymus von Kreta und Bischof Jost ausgebrochen, der am 6. Juni selbst zu Thätlichkeiten zwischen den beiden Prälaten führte. Der Erzbischof mußte endlich nachgeben und noch vor der päpstlichen Entscheidung die Publication der Bulle suspendiren; am 29. Juni fand darüber ein Landtag in Breslau statt. Auf Betreiben des Bischofs Jost, der vor Allem einen Religionskrieg und ein eventuelles Loßreißen Schlesiens von Böhmen verhindern wollte, hatte auch König Georg auf den 12. Juli einen allgemeinen Landtag nach Brünn ausgeschrieben. Er kam dort aber nicht weiter, da die Katholiken mit den Compactaten Nichts zu thun haben wollten. Es ward beschlossen, daß der Landtag in Rom um Einhaltung der geistlichen Processe bitten sollte, während der König versprach, dem Kaiser Eröffnungen zu machen, die zur Versöhnung mit Rom führen könnten. Mit der Erfüllung dieses Versprechens zögerte der König jedoch bis zum März 1464 und benutzte die Zwischenzeit zur Befestigung seiner Stellung, besonders auch zur Ausdehnung seiner Macht in Schlesien. Dabei trat ihm der Erzbischof von Kreta mehrfach entgegen, doch opponirte Bischof Jost diesem wiederum in allen Stücken. Die Breslauer agitirten mit allen Kräften in Rom gegen den König; auch war Pius selbst entschlossen trotz der Abmahnungen des Kaisers gegen Georg vorzugehen und ihn vom Throne zu stoßen; es fand sich nur Niemand bereit, eine derartige Mission zu übernehmen. Er selbst rechnete in erster Reihe auf den König von Polen. Im Frühjahr 1464 suchte der Erzbischof den Markgrafen Friedrich von Brandenburg dafür zu gewinnen, doch ohne Erfolg. Er verließ um diese Zeit Breslau und kam im Mai nach Rom. Dort hatte man inzwischen Kunde von den Eröffnungen erhalten, die Georg dem Kaiser gemacht; sie bestanden in der Forderung, daß ein neuer Legat nach Böhmen kommen solle, dem er Weiteres eröffnen wolle. Darauf ging Pius nicht ein, sondern setzte eine Commission von 3 Cardinälen nieder, und diese beschloß, den König nach Rom zu citiren. In dem Consistorium vom 16. Juni 1464 wird die Citation beschlossen, aber die Ausfertigung der betreffenden Bulle durch Cardinal Carvajal so lange hingezogen, bis Pius am 15. August starb. In Folge dessen unterblieb auch die Citation.

J. Kutzen als Secretair der Section.

§—§ **Breslau,** 21. Jan. [Gewerbeverein.] In der gestrigen, von Hrn. Berghauptmann a. D. Dr. v. Carnall geleiteten Versammlung sprach nach einigen Mittheilungen des Secretärs Herr Dr. Körner über „Nitro-Glycerin". Im Anschluß an die neueste und gediegenste Arbeit über diesen erst seit etwa 1847 bekannten Stoff, von Husemann, erörterte der Vortragende zunächst die chemische Zusammensetzung und die Herstellung desselben und ging sodann näher auf die Beantwortung der Frage ein, welche Einwirkung das Präparat auf den menschlichen oder thierischen Organismus ausübe und ob es die Zahl der uns bekannten Giftstoffe vermehrt hat oder nicht. Es ist nämlich seit seiner Entdeckung vielfach darüber gestritten worden, indem die Einen erklärten, daß das Nitro-Glycerin ein Gift sei und schnell und absolut tödtlich auf den Organismus wirke; die Andern dagegen es ganz unschädlich fanden. Amerikanische Homöopathen waren die Ersten, welche mit der Substanz Experimente an Thieren anstellten und die verschiedenartigsten Folgen beobachteten. De Vry, ein niederländischer Forscher, schloß aus den Resultaten seiner Versuche, daß das Nitro-Glycerin nicht als heftig wirkendes Gift anzusehen sei, während Eugen Pelikan, der im Jahre 1853 zuerst in einer russischen medicinischen Zeitschrift eine größere Reihe von Experimenten veröffentlichte, zu der Ueberzeugung kam, die Größe seiner Giftigkeit hänge einerseits von der Gattung der Versuchsthiere, andererseits von der Individualität derselben ab. Einige Jahre später veröffentlichte ein Engländer, Field, eine Reihe von Beobachtungen, durch die er sich zu dem Schlusse berechtigt glaubte, daß das Nitro-Glycerin, in alkoholischer Lösung dargereicht, von sehr geringem oder gar keinem giftigen Einfluß sei. Dasselbe Resultat erzielten auch einige andere englische Forscher. Die neuesten Versuche aber von Albers, Eulenburg, ganz besonders aber von Werber in Freiburg im Breisgau, sowie eine große Anzahl bekannt gewordener Fälle, in denen Menschen durch Nitro-Glycerin vergiftet wurden, haben Folgendes festgestellt:

1) Das Nitro-Glycerin ist ein Gift. Die entgegenstehenden Angaben erklären sich einfach durch die Zersetzlichkeit des Präparates, durch die Möglichkeit, daß verschiedene, nicht gleich wirksame Nitro-Glycerin-Verbindungen existiren, durch die Benutzung zu kleiner Dosen, oder endlich durch das Vorhandensein von Immunität.

2) Die Giftigkeit des Stoffes steht außer für den Menschen, auch für die verschiedensten Thierarten fest.

3) Modificirend auf die Stärke der Wirkung sind die Beschaffenheit des Präparats, die Thierspecies, die Individualität und die angewendete Form und Dosis.

4) Das Auswaschen, resp. die Befreiung des Nitro-Glycerin von der Säure ist ohne Einfluß auf seine Wirksamkeit.

5) Menschen erleiden schon erhebliche Störungen durch Gaben, welche bei kleineren Thieren noch gar keine sichtliche Wirkung haben.

6) Bei einzelnen Menschen scheint Immunität gegen dasselbe zu existiren. Ermattung des Körpers erhöht die Wirkung. Am schnellsten wirkt es, wenn es in Gummischleim aufgelöst ist.

7. Menschen erleiden schon durch eine Dosis von $^1/_{100}$ Gran sehr unangenehme Symptome, der Tod kann nach dem Genuß von 2 Eßlöffeln voll (wahrscheinlich aber bei noch viel weniger) eintreten. Auch von der unversehrten Haut aus, wenn es längere Zeit mit derselben in Berührung gebracht wird, wirkt das Nitro-Glycerin giftig.

8. Die charakteristischen Erscheinungen der Nitro-Glycerin-Vergiftung sind der Kopfschmerz, Kratzen im Halse, Brennen im Schlunde, Schwindel, Mattigkeit, Magenschmerzen; bei schwerer Vergiftung Auftreten von Lähmung.

9. Das Blut der vergifteten Individuen wirkt ebenfalls giftig. — An diesen Vortrag, für den die Versammlung dem Redner durch Erheben von den Plätzen dankte, knüpfte der Vorsitzende noch einige Mittheilungen über die Verwendung des Nitro-Glycerins als Sprengmaterial, worauf Herr Pracht die Anwesenden noch darauf aufmerksam machte, daß in der nächsten Sitzung die Wahl des Vorstandes vorzunehmen sei.

M. **Breslau,** 21. Jan. [Alterthümer-Museum.] In der gestrigen Sitzung trug Herr Rector Dr. Luchs über den im vor. Herbst zu Cawallen gemachten Münzfund vor. Derselbe bestand in einem unseren heidnischen Urnen entsprechenden thönernen Gefäße, dessen Trümmer vorgelegt wurden, außer einer Anzahl silberner kleiner Gußstücke und einer Menge zerbrochener, verbogener silberner Hals- und Ohrgehänge in sehr fremdartigen Formen, 336 Münzen, von denen 241 bestimmt werden konnten. Das Ganze scheint eine absichtlich angelegte Sammlung zu sein, und jedenfalls von einem Deutschen, nicht von einem Slaven herzurühren, ersteres, weil sie Münzen aus einem großen Theile europäischer Staaten aus dem kurzen Zeitraume von 991—1024 enthält, letzteres, weil nur 4 polnische Münzen darunter sind. Der Anfang der Sammlung kann nicht vor 1012 stattgefunden haben, da der Fürst, von dem eine der Münzen herrührt, erst 1011 zur Regierung kam. Eben so sicher ist die Sammlung 1024 abgeschlossen worden, da von Kaiser Konrad II. kein Stück vorhanden ist. Für den Sammler hatten die Stücke von Kaiser Otto I. schon fast hundertjähriges Alter, und das eine von Kaiser Trajan herrührende Geldstück liefert den Beweis, daß sich dasselbe fast 1000 Jahre im Handel erhalten haben muß, ehe es der Sammlung beigefügt wurde. Aber auch das Gefäß selbst ist dadurch merkwürdig, daß seine Form diejenige aus der letzten Heidenzeit ist, da sich das Christenthum schon um 1050 Bahn brach. — Ueber den von Herrn Assessor Knoblich gehaltenen Vortrag: Geschichte der schlesischen Glasmalerei, enthalten wir uns des Referates, da derselbe in den Vereins-Berichten vollständigen Abdruck findet. — Außerdem wurden mehrere eingegangene Geschenke vorgelegt, oder blos erwähnt, z. B. ein Christus auf dem Palmesel, ein Holzschnitzwerk aus der Magdalenenkirche. In wie erfreulicher Weise die Geschenke erfolgen, geht daraus hervor, daß der Catalog des Museums jetzt fast 6500 Nummern hat. — Von jetzt ab werden die Vereinssitzungen regelmäßig am zweiten Dinstag jedes Monats stattfinden. Die nächste Sitzung ist General-Versammlung.

ꝺ **Breslau,** 21. Jan. [Frauenbildungs-Verein.] In der gestrigen Versammlung hielt Hr. Dr. med. Bujakowsky Vortrag über Wärme-Quellen und deren Wirkungen. Von den beiden Quellen der Wärme, die uns aus der Sonne fließen und mittelbar aus dem Erdinneren aus längstvergangenen Jahrtausenden wieder zurückstrahlen, ausgehend, zeigte er dann, wie der körperliche Organismus die Wärme zu seinem Lebens- oder Verbrennungsproceß bedürfe und welchen Dienst die Nahrungsstoffe bei der Erneuerung der Wärme leisten. Die Fragen waren diesmal ziemlich zahlreich und gaben der Vorsitzenden Gelegenheit, einige gegen ihren letzten Vortrag über die Bestrebungen der Frauen-Vereine 2c. gerichtete Angriffe, sowie über die Bazar-Angelegenheit verbreitete Irrthümer zu besprechen, resp. zu widerlegen. Ferner entwickelte sich über die Unterstützung der Ostpreußen eine Debatte zwischen Hrn. Dr. Bujakowsky und Hrn. v. Oppell, welcher Letzterer, eine Unterstützung für die Nothleidenden zu geben, für sich ablehnte, da „nur fortgeschrittene Bildung und nicht Geld ihnen dauernd helfen könne". Der Staat müsse helfen! Zur Unterstützung der Theilnahme las Hr. Simson einen Brief aus Ostpreußen, in welchem das Verfahren des bekanntlich aus Breslau dorthin gesandten Stadtraths v. Ysselstein rühmend hervorgehoben wird. Die Vorsitzende theilte mit, daß der Ausschuß aus Vereinsmitteln Nähmaterial ankaufen werde, um es den Vereinsmitgliedern zu Engros-Preisen abzulassen.

Breslau, 22. Januar. Angekommen: Se. Durchl. Hans Heinrich XI. Fürst von Pleß, Graf zu Hochberg-Fürstenstein, aus Pleß. Se. Erlaucht Graf zu Stolberg-Wernigerode, aus Peterswaldau.

[Unglücksfall.] Gestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr wurde der Eisenbahnschlosser Joseph Wuttge beim Ständeraufheben derartig von den Puffern gedrückt, daß er eine sehr bedeutende Quetschung an der Brust erlitt. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung gebracht und wird an seinem Aufkommen gezweifelt. (Bresl. Int.-Bl.)

⊙ **Frankenstein,** 20. Jan. [Zur Tageschronik.] Im Laufe voriger Woche hatten wir zweimal militärische Durchmärsche hier, von Commando's, welche durch das Erlöschen der Rinderpest im Grenz-Bezirk nach Oesterr.-Schlesien zu veranlaßt wurden, ihre Garnisonen wieder beziehen. Das erste Mal war es eine Compagnie vom 38. Infanterie-Regiment, die aus Hennersdorf, bei Patschkau, kamen und das andere Mal das Füsilier-Bataillon des 18. Posen'schen Infanterie-Regiments, die in Reichenbach garnisoniren. Beide hatten hier Ruhetage. — Aus dem Kreisblatte erfahren wir, daß sich mehrere Krankheitsfälle in hiesiger Gegend gezeigt haben, welche durch Genuß des Mutterkorns herbeigeführt worden sind.

✕ **Kattowitz,** 20. Januar. [Zur Tageschronik.] Auf den Aufruf unserer Abgeordneten Grundmann und Solger sind bis jetzt für Ostpreußen im Ganzen aus unserem Kreise 3200 Thlr., darunter von Herrn Major v. Thiele-Winkler 1000 Thlr., Graf Henckel auf Neudeck und Graf Henckel v. Donnersmarck auf Naklo je 500 Thlr. eingegangen. Der gestrige Leit-Artikel der Bresl. Ztg., betreffend „die Verpflanzung der ostpreußischen Arbeiter nach Oberschlesien", spricht vortrefflich die Meinung aller die Sache objectiv Betrachtenden hierüber aus, nur eins ist in dem Artikel nicht gesagt, was hier in den Grubenörtern verbreitet ist, nämlich, daß man besonders die so äußerst zahlreich an den Gruben beschäftigten Arbeiterinnen entlassen will. Dieselben sollen in häusliche Dienste treten, da hierin ein wirklicher Mangel herrscht; weibliche Dienstboten sind rar und wenig tauglich, da sie sich nichts sagen lassen, sondern zu den Grubenarbeiten ihre Zuflucht nehmen. — Aber noch ein Umstand ist zu bemerken: Können die Ostpreußen hier unter fremden Verhältnissen ihr Auskommen finden? Man braucht nur an einem Grubenorte zu sein und man wird wissen, daß hier alle Arbeiter von der Hand in den Mund leben, ja noch mehr, sie entnehmen im Voraus, durchweg, ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln 2c. und können, sobald bedeuten

genen-Anstalten übergegangen. Tit. 26, Besoldungen 627,028 Thlr., Remunerationen u. s. w. 7500 Thlr., Tit. 27 Bureaukosten 13,173 Thlr. Zur Unterhaltung der Oeconomie, 1,129,450 Thlr., Dispositionsfonds 36,565 Thaler.

Hierzu beantragt der Abg. Windthorst, die Verwaltung der Strafanstalten aus dem Ressort des Ministeriums des Innern in das Ressort des Justizministeriums zu übernehmen.

Abg. v. Salzwedell bleibt unverständlich; er scheint sich gegen den Antrag auszusprechen.

(Vicepräsident von Köller hat unterdessen das Präsidium übernommen.)

Reg.-Commissar v. Eichhorn: Die Regierung kann sich dem vorliegenden Antrage nicht anschließen. Schon früher hat man Versuche gemacht, die Strafanstalten dem Ressort der Justizverwaltung zu überweisen; diese Versuche haben jedoch den davon gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Als Grund für den Antrag führt man die Nothwendigkeit an, daß der Richter die Garantie haben müsse, daß die Verwaltung in der vom Gesetze vorgeschriebenen Weise geführt werde. Diese Garantie ist aber auch jetzt dadurch gegeben, daß die Präsidenten der Appellationsgerichte das Recht haben, die Strafanstalten von Zeit zu Zeit zu revidiren, wodurch ihnen gleichzeitig Gelegenheit wird, sich über die Folgen der Strafvollstreckung zu vergewissern. Außerdem sprechen aber auch eine Menge Zweckmäßigkeitsgründe dafür, die Strafanstalten unter dem Ressort des Ministerium des Innern zu belassen; zunächst kommen in der Verwaltung derselben eine Menge anderer Fragen in's Spiel, die sich diesem Ressort viel natürlicher unterordnen und sodann würde der Geschäftsgang bei Durchführung des Antrages außerordentlich schwerfällig werden. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Abg. Dr. Eberty: Die Einwendungen des Herrn Commissars verschwinden dem Grundsatz gegenüber, daß der Richter nicht nur für das Urtheil, sondern auch für die Strafvollstreckung einzustehen hat. — Redner giebt hierauf eine geschichtliche Entwickelung der verschiedenen Strafanstalts-Systeme und kommt endlich auf die Anstalt in Moabit, die er als durchaus mangelhaft darstellt. Seitdem der jetzige Gefängnißdirector Wilke die Leitung übernommen, habe sich der Gesundheitszustand wesentlich verschlechtert. Die Beschäftigung im Freien, die in Rawicz vorzügliche Resultate ergeben, habe der Beschäftigung in geschlossenen Räumen Platz gemacht; es herrsche eine übertriebene Sparsamkeit, die Gefangenen müßten außer ihrem außerordentlich hohen Arbeitspensum ihre Kleidungsstücke selbst ausbessern, und selbst Sonntags arbeiten. Zudem bestehe die eine Klasse der Aufseher aus Zöglingen des rauhen Hauses, welche die Gefangenen zur Buße zu erziehen suchten und dadurch nur Scheinheiligkeit und Heuchelei beförderten. Alle diese Mittheilungen seien ihm aus zuverlässiger Quelle zugegangen, und wenn er auch nicht mit positiven Beweisen hervortreten wolle, so würde doch eine Untersuchungs-Commission die Wahrheit seiner Behauptungen erweisen. Eine gründliche Reform lasse sich bei einem getheilten Regime, wie es jetzt bestehe, nicht durchführen. Es sei nothwendig, dem Richter, zu dessen Amt die Strafvollstreckung gehöre, die Aufsicht über die Strafanstalten unterzuordnen. Wenn man eine tüchtige juristische Autorität an die Spitze der ganzen Verwaltung stelle, so werde man einerseits eine genügende Garantie haben, daß dieselbe im Sinne des Gesetzes geführt werde, und andererseits den Einwand beseitigen, als werde der Richter bei Durchführung des Antrages seiner eigentlichen Function des Rechtsprechens entfremdet.

Abg. Strosser gegen den Antrag Windthorst und speciell gegen Eberty: Der Vorredner hat die Zuchthausordnung von 1835 eine vortreffliche genannt, diese ist aus dem Ministerium des Innern hervorgegangen; wenn dieses schon damals vortreffliche Verordnungen ausarbeiten konnte, warum ihm heute die Leitung der Strafanstalten entziehen? Der Gesundheitszustand der Gefangenen in Moabit ist so gut, als er nur in einem Gefängnisse sein kann. Mit der bloßen Humanität kommt man Verbrechern gegenüber nicht durch und es handelt sich nicht blos um die Vollstreckung der Strafe, sondern auch um den Versuch ihrer Besserung. Es ist schwer, tüchtige Beamten zu bekommen, da die Gehälter verhältnißmäßig gering und die Arbeit eine sehr anstrengende ist. Die Behauptung, daß sich der Gesundheitszustand verschlechtert habe, daß viele Wahnsinnsfälle vorgekommen seien, kann ich nicht apodictisch widerlegen, da ich nur das behaupte, was ich beweisen kann, es wäre auch gut, wenn der Herr Vorredner für seine Behauptungen Beweise angeführt hätte. (Sehr richtig, rechts.) Nach meinen Erfahrungen haben umgekehrt in den Strafanstalten mit gemeinsamer Haft mehr Fälle von Wahnsinn stattgefunden, als in denen mit Einzelhaft. Daß die Gefangenen ihre Kleider selbst flicken müssen, wird wohl bei Zuertheilung ihres Pensums bedacht worden sein, da bei dieser nicht willkürlich, sondern nach genauer Prüfung der Arbeitskraft jedes Einzelnen verfahren wird. Des Richters Sache ist die Untersuchung des Verbrechens, die Rechtsprechung, aber die Strafvollstreckung ist jetzt so sehr in das Gebiet der Verwaltung übergegangen, daß ich glaube, die Juristen könnten von ihren Kenntnissen in einer solchen Stellung keinen Gebrauch machen. Die Heuchelei bringen die Leute in die Strafanstalt mit hinein, die die Idee der Freiheit, nämlich der Freiheit zu rauben, zu stehlen u. s. w. mit hinein bringen. Der Gegenstand, über den ich eigentlich sprechen wollte — (Zeichen der größten Ungeduld links. Redner nach links gewendet, sehr erregt: Meine Herren, ich habe das Recht zu sprechen, so lange ich will; wenn ich mir hier Ihre Reden Stunden lang anhören muß, so darf ich auch sprechen, so lange ich will) ist die Einzelhaft, doch will ich mir nähere Ausführungen ersparen, da ich schon bei der Berathung des Etats des Justizministeriums darüber gesprochen.

Abg. Windthorst-Meppen: Mein Antrag bezweckt die Verwaltung der Strafanstalten in eine Hand zu legen und zwar in die des Justizministers. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt der Petition der Rheinisch-Westfälischen Gefängniß-Gesellschaft. Wenn den bestehenden Mängeln bald und wirksam abgeholfen werden soll, muß die Verwaltung der Strafvollstreckung in eine Hand gelegt werden. Als das Criminalgesetz hier berathen wurde, hat man die Art und Weise der Vollziehung der Strafe nur nach ganz allgemeinen Gesichtspunkten festgestellt, weil man nicht die nöthige Zeit dazu hatte, oder über das Princip selbst noch nicht zum Abschluß gekommen war. — Eine baldige Regelung nach einem bestimmten Princip ist nöthig. Man wird, glaube ich, im Wesentlichen auf die Einzelhaft kommen, d. h. zu dem Princip, die Gefangenen nicht von aller Gesellschaft abzusperren, aber von der schlechten, von der ihrer Mitgefangenen. (Beifall.) Von diesem Standpunkte aus muß man reorganisiren. Bis jetzt gehörten die Verwaltung der Gefangenen-Anstalten in einigen Provinzen zum Ressort des Ministeriums des Innern, in den anderen zum Ressort des Justizministeriums; hieraus folgt nicht blos eine Ungleichheit in der Behandlung der Gefangenen, sondern auch eine völlige Unklarheit über das einzuhaltende Princip. In einzelnen Gefängnissen findet Einzelhaft, in anderen gemeinsame Haft statt. Das kann nicht so fortgehen, es muß ein einheitliches Princip aufgestellt werden, und zwar bald. Es sind hiezu eine Masse Bauten nöthig; wenn nun nicht bald ein durchgehendes Princip aufgestellt wird, so werden viele Bauten unnütz ausgeführt und später wieder verworfen werden.

Es ist ferner nöthig, daß die Untersuchungs-, die Straf- und die Zuchthaus-Gefangenen getrennt werden müssen. Es kommen heute Fälle vor, was durchaus verwerflich ist, daß Untersuchungs-Gefangene in Gefängnisse gesperrt werden, die nicht vergleichbar sind mit Ställen für die Thiere. (Hört, hört!) In Hannover hat man das Einzelhaftsystem und überhaupt mannifache Verbesserungen eingeführt, was hauptsächlich dadurch mit befördert wurde, daß die Verwaltung in einer Hand lag. — Es fragt sich nun, in welcher Hand wir die Verwaltung vereinigen wollen, und da schlage ich vor die Hand des Justizministers. Es fällt mir natürlich nicht ein, hierdurch dem Minister des Innern irgend ein Mißtrauensvotum zu geben. Indeß hat der Minister des Innern ja selbst erklärt, daß er so sehr mit Arbeiten überlastet wäre; hierdurch rechtfertigt es sich schon, daß wir ihm eine Erleichterung gewähren. Der Justizminister hat allerdings wohl auch sehr viel zu thun; ich bin aber der Ansicht, daß die organisatorischen Arbeiten, die wir vom Minister des Innern erwarten, viel schwieriger sind, als die des Justizministers. — Dazu kommt aber noch der Grund, daß meiner Meinung nach diejenige Behörde, welche eine Strafe erkennt, auch die Vollstreckung derselben übernehmen muß. Der Justizminister muß eine Garantie dafür haben, daß die Strafe in dem Geiste und Sinne vollstreckt wird, in dem sie erkannt worden ist; er muß also einen Einfluß auf die Art und Weise der Ausführung haben. Das ist aber nicht anders möglich, als wenn die Verwaltung der Gefangen-Anstalten in seine Hand gelegt wird. (Beifall.)

Der Schluß wird angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Eberty: Dem Abg. Strosser bemerke ich, daß ich die Beweise für alle meine Behauptungen in Bezug auf die Gefangen-Anstalten in Moabit und Rawicz in Händen habe, dieselben aber aus bewegenden Gründen nicht mittheilen kann. Möge man Untersuchungs-Commissionen nach Rawicz und Moabit senden, so wird man sich leicht von der Richtigkeit meiner Behauptungen überzeugen.

Abg. Strosser: Wenn der Abg. Eberty die Beweise in Händen hat, so ist es seine Ehrenpflicht, sie auch uns mitzutheilen. (Widerspruch links.) Das kann Jeder sagen. Ich habe die Beweise in Händen, kann sie aber nicht mittheilen. (Große Unruhe links; Ruf: Zur Ordnung!)

Abg. Dr. Eberty: Ich erwarte, daß der Herr Präsident alles das, was hier gesagt worden ist, auf Grund unserer Geschäftsordnung in die gehörige Erwägung zu ziehen sich bewogen finden wird.

Was meine Ehre erheischt, habe ich längst schon gewußt, ehe der Abg. Strosser noch dies Haus und die Tribüne betreten hat. Auf die Ehrenpflicht, die mir obliegt, wird mich wohl Hr. Strosser am letzten hinweisen können.

Vicepräsident v. Köller: Vom Standpunkte der Geschäftsordnung aus sehe ich mich zu einem Einschreiten gegen den Redner nicht veranlaßt. (Unruhe links; Abg. v. Hennig ruft: Sehr bedauerlich.)

Abg. Graf Schwerin beantragt den Antrag Windthorst so zu theilen; Abg. Windthorst willigt ein. Es wird nun darüber abgestimmt, daß das Haus es für wünschenswerth erklären möge, daß die Verwaltung der Strafanstalten in einem Ministerium vereinigt werde. — Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen; für den zweiten Theil, sie im Ressort des Justizministeriums zu vereinigen, erhebt sich jedoch nur ein kleiner Theil des Hauses, der Vice-Präsident erklärt diesen Antrag für abgelehnt und bleibt bei dieser Erklärung, trotzdem eine große Zahl von Abgeordneten nachträglich erklären, daß sie die Fragestellung nicht verstanden haben.

Zu dem Etat der Ausgaben für Wohlthätigkeitszwecke (Tit. 30—33) beantragt Abg. v. Bonin: Die Regierung aufzufordern, die durch das Absterben hülfsbedürftiger ehemaliger Krieger disponibel werdenden Beträge in ihrem ganzen Umfange den noch vorhandenen hülfsbedürftigen Kriegern zur dringend erforderlichen Erhöhung der denselben schon bewilligten Unterstützungen zu verwenden.

Abg. v. Vincke-Minden ist mit der Tendenz, aber nicht mit der Fassung des Antrages einverstanden; sonst bekomme am Ende der letzte Veteran eine jährliche Unterstützung von 324,530 Thlrn. (Heiterkeit.)

Abg. Stavenhagen bekämpft gleichfalls den Antrag, bleibt jedoch unverständlich.

Reg.-Commissar Piper bittet um Ablehnung des Antrages, da der Zweck desselben ohnehin erreicht werde, der Antrag aber leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben könne.

Abg. v. Bonin amendirt seinen Antrag selber dahin, daß hinter das Wort „Erhöhung" die Worte „in den Grenzen des Gesetzes vom 10. März 1863" gesetzt werden sollen, wonach das Maximum der Erhöhung 3 Thlr. 15 Sgr. betrage.

Der Antrag v. Bonin wird in dieser Fassung angenommen, und die Titel 30—33, sowie der Rest des Etats (Allgemeine Ausgaben, als Prämien, Dispositionsfonds, Regierungs-Amtsblätter) werden ohne Debatte genehmigt.

Desgleichen von den extraordinären Ausgaben die 30,000 Thlr. für das statistische Bureau und 30,000 Thlr. für die Polizeiverwaltung. Zu der Position 3: Für die Strafanstalts-Verwaltung 93,470 Thlr. liegt folgender Antrag des Dr. Francke vor: „Die Regierung aufzufordern: auf den Bau neuer Strafanstalten in Schleswig-Holstein Bedacht zu nehmen und dem Landtage in dieser Beziehung eine Gesetzesvorlage zu machen.

Abg. v. Goßler amendirt den letzten Satz des Antrages dahin: „Und dazu die von den dortigen Communen zur Herstellung neuer Strafanstalten zusammengebrachten Fonds nebst den davon aufgelaufenen Zinsen mit zu verwenden."

Reg.-Comm. v. Eichhorn: Die Regierung erkennt das Bedürfniß der Errichtung neuer Strafanstalten in Schleswig-Holstein an. Es sind in dieser Hinsicht schon vorbereitende Schritte gethan und wahrscheinlich wird schon im nächsten Etat eine Summe zu diesen Zwecken ausgesetzt werden.

Abg. Francke zieht nach dieser Erklärung seinen Antrag zurück, gleichwohl hält

Abg. Goßler sein Amendement damit nicht für erledigt und nimmt den Francke'schen Antrag wieder auf.

Abg. v. Scheel-Plessen: Das Haus hat gar kein Recht, über den im Antrage des Abg. Goßler erwähnten Fonds irgend einen Beschluß zu fassen. Abg. Dr. Haenel ist der gleichen Ansicht.

Abg. v. Vincke glaubt, daß das Haus allerdings jenen Fonds der Regierung überweisen könne, jedoch nur mit der Modalität, daß derselbe nur zur Herstellung von Strafanstalten verwandt werde.

Der von Goßler wieder aufgenommene obige Antrag mit seinem Amendement wird genehmigt, die Pos. 3 desgleichen.

Ohne Debatte wird der Gesetz-Entwurf, betreffend die Gewährung einer Staats-Unterstützung an die Thüringische Eisenbahn-Gesellschaft für den Bau einer Eisenbahn von Leinefelde nach Gotha genehmigt. Er lautet: Der Minister für Handel wird ermächtigt, der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Ausgleichung der bei Begebung ihrer Stammactien Lit. B. über den Betrag von 435,000 Thlr. hinaus sich ergebenden Ausfälle aus den Beständen des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung eine Beihilfe zum Betrage von 132,000 Thlr. zu gewähren."

Damit ist die heutige Tages-Ordnung erledigt und eine Abendsitzung braucht nicht stattzufinden.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Dnnnerstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Etat des Cultusministeriums.)

Berlin, 21. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Präsidenten der Provinz Posen, v. Horn, nnd den Prasidenten der Seehandlung, Camphausen, zu Wirklichen Geheimen Räthen mit dem Prädicat „Excellenz"; ferner den zum Oberpfarrer in Storkow berufenen, seitherigen Divisions-Prediger in Glogau, August Hermann Theodor Stumpf, zum Superintendenten der Dioces Storkow; so wie den Staatsanwalts-Gehilfen Stein in Tilsit zum Staatsanwalt in Neidenburg für die Bezirke der Kreisgerichte in Neidenburg und Allenstein ernannt; und dem Ober-Amtmann Carl Werner Jaeger zu Pforta den Charakter als Amtsrath beigelegt.

Dem Maschinenbauer J. Hansen zu Winnemark bei Eckernförde ist unter dem 18. Januar 1868 ein Patent auf eine Vorrichtung, um Segelboote gegen Umschlagen zu sichern, auf fünf Jahre ertheilt worden,

Berlin, 21. Jan. [Se. Maj. der König] nahmen heute die militärischen Meldungen im Beisein des Gouverneurs und Commandanten entgegen, und empfingen den Vortrag des Militär-Cabinets.

[Ihre Maj. die Königin] besichtigte gestern im Schlosse die für den Bazar so reichlich eingegangenen Gaben, und wohnte Abends dem Oratorium zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen bei.

[Se. königl. Hoh. der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen, ertheilte dem neu ernannten kaiserlich brasilianischen Gesandten eine Audienz, empfing den Oberstkämmerer Grafen v. Redern, und wohnte Abends der Aufführung des Oratoriums „Paulus" zum Besten der Nothleidenden Ostpreußens im Kroll'schen Etablissement bei. (St.-A.)

[Der norddeutsche Bund in Egypten.] Aus Kairo vom 7. Januar wird berichtet: „Gestern wurde der bisherige königlich preußische General-Consul für Egypten, Legationsrath Theremin, in seiner neuen Eigenschaft als General-Consul des norddeutschen Bundes vom Vicekönig in solenner Weise empfangen. Se. Hoheit äußerte sich in der wohlwollendsten Weise über die Neugestaltung der Dinge in Deutschland, ließ schließlich den neuen Vertreter Norddeutschlands, wie gebräuchlich, mit einem Säbel umgürten und schenkte ihm ein reichgeschmücktes Reitpferd."

O. K. C. [Der Zeitungs-Stempel.] Von den Abgg. Bassenge, v. Bennigsen und Krieger (Samter) als Commissarien des Hauses für die Vorberathung des Etats der indirecten Steuern wird folgender Antrag eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zeitungsstempel-Steuer vom 1. Januar 1869 ab in Wegfall gebracht wird."

[Geheime Conduitenlisten.] Von dem Abg. Schmidt (Stettin) ist folgender Antrag gestellt worden: Die Staatsregierung aufzufordern, die geheimen Conduitenlisten über die Elementarlehrer aufzuheben.

[Der Onkel des Apothekenbesitzers Dr. Cöhn,] Commercienrath Beschütz, der ein Testament zu Gunsten seines Neffen gemacht hatte, soll dasselbe in diesen Tagen zurückgenommen haben, um es durch ein anderes zu ersetzen. Wie an der Börse versichert wird, hat Cöhn aus dem Vermögen des Beschütz, der für sehr reich gehalten wird, bereits über 60,000 Thlr. erhalten. Die Frau Dr. Cöhn ist eine Schwestertochter des Beschütz und ist als deren Mitgift die Einhorn-Apotheke angekauft worden. Da das Vermögen der Frau auf die Apotheke eingetragen ist, so wird auch eine Beschlagnahme, die von Seiten des Militärfiskus beabsichtigt wurde, um die Ansprüche desselben wegen der durch Cöhn's Malversation erlittenen Vermögensnachtheile zu decken, ohne Erfolg sein. Uebrigens dürfte der Militärfiskus auch nicht für legitimirt erachtet werden, Klage zu erheben, da nicht das Kriegsministerium oder eines seiner Organe, sondern das mit Privatbeiträgen operirende Central-Lazareth-Comite mit Cöhn contrahirt und diesem die Lieferung der Medikamente übertragen hatte. Ob die früheren Mitglieder des Comite's, da es bereits aufgelöst ist, zu einer Klage für legitimirt erachtet werden würden, ist sehr zweifelhaft. Sonach wird das durch Cöhn so schmerzlich beleidigte Menschengefühl nicht einmal die Genugthuung haben, daß sein Vermögen für den verursachten Betrug zum Schadenersatz in Anspruch zu nehmen ist. Selbst das halten Juristen nicht für ganz unzweifelhaft, ob er wegen Betrugs wird verurtheilt werden können. Es soll nämlich der Beweis der Identität der jetzt als betrügerisch nachgewiesenen Medicamente mit den von Cöhn gelieferten auf Schwierigkeiten stoßen. Jedenfalls wird von Seiten der Vertheidigung die Thatsache, daß dem Centralcomite auch von anderen Seiten Medicamente geliefert worden, und daß diese dann durch viele Hände gegangen sind, bevor sie aus den Lazarethapotheken in das Depot des Kriegsministeriums gelangt sind, zur Erschwerung des Identitätsbeweises benutzt werden. (Trib.)

Hannover, 19. Jan. [Festgeschenke und Wallfahrt nach Hietzing.] Die Vorbereitungen zur Ueberreichung von Festgeschenken an die hannoversche Königsfamilie bei der Feier der silbernen Hochzeit nehmen einen immer demonstrativeren Charakter an. Nicht nur aus fast allen Städten der älteren Gebietstheile unserer Provinz, sondern auch aus vielen Landgemeinden sind Bestellungen auf Silbergeschirre eingelaufen, so daß mit dessen Anfertigung über hundert Goldarbeiter beschäftigt sind. Hier aus der Stadt gehen mehrere Ehrengeschenke ab, das größte derselben wird aber nicht zeitig genug fertig und deshalb erst durch ein Modell repräsentirt werden. Sogar die selbstständigen Dienstmänner wollen durch Gaben unter sich, zu dem übrigens auch andere Welfenfreunde beisteuern, ein Festgeschenk zu Stande bringen. Die Wallfahrt nach Hietzing zum 18. Februar wird eine sehr bedeutende werden, am 16. geht von Braunschweig ein Extrazug ab, mit dem die Hin- und Rückfahrt für 8 Thlr. gemacht werden kann. Diese Demonstrationen werden gefördert durch die von den Gegnern des gegenwärtigen Zustandes eifrig verbreiteten Versicherungen vom Kriege mit Frankreich im Frühjahre und daran geknüpften Hoffnungen auf Umgestaltung unserer staatlichen Zustände. Ein nicht zu verkennendes Zeichen ist auch, daß noch in den letzten Tagen sich aus Celle 14 Personen, meist frühere hannoversche Soldaten, entfernt haben; ihr Reiseziel wird natürlich Hietzing oder die Schweiz sein. (N. Z.)

W. **München**, 19. Jan. [Angebliche Ministerkrisis. — Der Militärconflict. — Parlamentarischer Mißgriff. — Schulwesen. — Sympathien für und Antipathien gegen Preußen.] Seit gestern circuliren in München Gerüchte über eine Ministerkrisis, die diesmal nicht durch die Zukunftsmusikanten, sondern durch „gewisse prinzliche Einflüsse" herbeiführt sein soll. Ihre Leser entsinnen sich vielleicht, daß ich zur Zeit, als die Reconstruction des Zollvereins auf der Tagesordnung stand, das Ministerium selbst als den Urheber dieser Gerüchte bezeichnete. Letztere sollten durch die Besorgniß vor einem ultramontan-feudalen Cabinette die liberalen Parteien alarmiren und all ihre Schattirungen zur Vertheidigung des Ministeriums aufrufen. Eine unbefangene Betrachtung unserer inneren Verhältnisse läßt keinen Zweifel, daß die Regierung das schon einmal geglückte Manöver wiederholt. Das Ministerium hat sich ja in der Wehrfrage entschieden auf die Seite des Reichsrathes gestellt, warum soll letzterer seinen Alliirten aus dem Sattel heben? Die Abgeordnetenkammer hat mit allen gegen eine einzige Stimme erklärt, an dem Contingents- und Avancements-Gesetze festzuhalten, und gerade die Ultramontanen sind die eifrigsten Gegner des jetzigen Wehrgesetzes. Ein ultramontanes Cabinet käme also in die verzwickte Lage, den Willen der ihm feindlichen Abgeordnetenkammer durchzuführen, den Widerstand seines Verbündeten und Schöpfers, des Reichsraths, zu brechen. Die Wehrfrage ist durch die zweideutige Haltung des Ministeriums derart verschoben, daß sie nur durch Nachgiebigkeit des Reichsraths ausgetragen werden kann. Eine Auflösung des Abgeordnetenhauses würde, wie nun auch die Neuwahlen ausfallen mögen, eine moralische Verstärkung der Opposition ergeben, da alle Parteien oppositionell sind. Wahrscheinlich würden die Ultramontanen erheblich, die Fortschrittler ein wenig verstärkt werden, und zwar auf Kosten des Centrums. Ein Pairsschub ist verfassungsmäßig unmöglich, da die Zahl der Reichsräthe gesetzlich limitirt ist; so wird der Ruf nach Beseitigung des Reichsrathes, der auf nicht stärkeren Grundlagen ruht, als das preußische Herrenhaus, immer lauter. Und ein ultramontan-reactionäres Cabinet sollte sich herandrängen, um diesem Rufe Folge zu geben? Lächerliche Behauptung, durch welche sich die Abgeordnetenkammer nicht in der Schlinge fangen lassen wird. Mag das Ministerium ausessen, was es eingebrockt; mag es sich, zur Strafe für seine Demüthigung vor der Reaction, jetzt vor der liberalen Partei demüthigen. — Die Abgeordnetenkammer hat gestern die Nichtwiederwahl des Ober-Staatsanwalts Hohenadel wegen eines Formfehlers für ungiltig erklärt. Der Beschluß wäre gerechtfertigt, wenn nicht vor einigen Wochen die Nachwahl des zweiten Abgeordneten in demselben Bezirke, trotz desselben Formfehlers, genehmigt wäre; der Beschluß wäre vernünftig, wenn nicht eine abermalige glänzende Niederlage Hohenadels in sicherer Aussicht stände. Der gewaltige moralische Eindruck, den Hohenadels Niederlage und die große ultramontane Majorität im ganzen Lande hervorgerufen, muß sich verdoppeln, und der Beschluß der zweiten Kammer erscheint als ein Act kleinlicher Rachsucht gegen die Schwarzen. — Eine in der „Süddeutschen Presse" erschienene Zusammenstellung amtlicher Berichte über das preußische und das baierische Schulwesen ergiebt, daß in Preußen auf je 10,000 Seelen nur 13, in Baiern aber 18 Schulen, bei Ihnen auf 10,000 Köpfe 19, in Baiern 20 Lehrer kommen. Das ist wohl eine beherzigenswerthe Notiz für die Berathung des neuen Schulgesetzes im preußischen Landtage. Uebrigens macht der Chef Ihres Unterrichtswesens moralische Eroberungen in Baiern. Unsere ultramontanen Blätter, die über schlesische Vorgänge gut unterrichtet sind, bejubeln das der Commune Breslau zugegangene Verbot der confessionslosen höheren Schulen. Dagegen werden Angesichts der Haltung, welche die preußische Regierung gegenüber dem Nothstande in der Provinz Preußen einnimmt, auch die eifrigsten Preußenfreunde kopfscheu. Wir fühlen hier nicht, wo dem preußischen Volke der Schuh drückt; die Sympathien für das Ministerium Bismarck, wo sie vorhanden, sind also viel ungetrübter, als in Preußen selbst. Wir hatten deshalb erwartet, daß die Bismarck'sche Energie zu großartigen Maßregeln gegen den Nothstand führen, daß die Welt in Staunen darüber gesetzt würde, wie eine Regierung für die bedrängten Staatsbürger sorgen könne. Und nun — was wir täglich lesen — doch, ein preußisches Blatt kann selbst die zahmsten Urtheile nicht aufnehmen, die von den begeisterten Anhängern Preußens laut werden, von Männern, die ihr Eins und Alles der Gunst des preußischen Hofes danken. Ich verstehe das Verfahren einer Regierung nicht, welcher eine nie wiederkehrende Gelegenheit geboten war, sich die Sympathien aller mildherzigen Menschen aller Parteien des ganzen Welttheils zu erwerben, und welche — — — Die Mildthätigkeit für Ostpreußen regt sich nach dem von Würtemberg und Baden gegebenen Anstoße lebhaft. Da aber jede einzelne Sammlung eine behördliche Erlaubniß erfordert und die Bureaukratie nicht eilt, so geht es mit den Sammlungen nur langsam vorwärts. Der Norden des Landes ist eifriger als der Süden, weil letzterer seine disponibeln Mittel für die päpstlichen Zuaven braucht, und weil die ultramontane Presse gegen die Hilfsleistung für die ††† Preußen agitirt.

Oesterreich.

Wien, 21. Jan. [Die Delegation des Reichsraths] hat ihren Geschäftsordnungs-Entwurf **en bloc** angenommen. Der Finanz-

dere Abzüge von der Gewerkschaft von ihrer Lohnung (welche 4- und 5-wöchentlich stattfindet) ihr Conto bei den Kaufleuten selten ausgleichen. Es ist hier nichts seltenes, arme Arbeiter-Familien zu finden, welche durch Rückstände Schulden von 20 bis 50 Thaler haben, ohne zu wissen, wie sie dieselben je zurückzahlen können. Der Kaufmann muß ihnen weiter borgen, wenn er nicht Alles verlieren will, Kundschaft und Schuld. Wie soll nun der Ostpreuße, der nicht so viel verdienen kann bei ungekannter Arbeit, einen doppelten Hausstand führen, für sich hier und für seine Familie in der theuren Heimath. — Der Gesundheitszustand ist, so viel man hört, jetzt ein befriedigender, wenigstens haben die amtlichen Berichte über Cholerafälle in unserem Kreise plötzlich aufgehört, woraus man wohl entnehmen darf, daß diese Geißel von uns genommen. — Die Einschleppung von typhösen Krankheiten durch die ostpreußischen Arbeiter, worauf ebenfalls in dem gestrigen Artikel hingewiesen worden, wollen wir nicht hoffen, weil dieselben sonst mit Rücksicht auf das enge Zusammenwohnen der Arbeiterfamilien leicht verbreitet und epidemisch werden könnten.

Telegraphische Witterungsberichte vom 21. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	326,6	1,4	S., mäßig.	Bedeckt.
7	Königsberg	327,4	0,6	SW., stark.	Trübe.
6	Stettin	328,5	0,8	W., stark.	Bedeckt, Schnee.
—	Ratibor	321,6	0,3	NW., stark.	Bedeckt.
—	Münster	331,0	0,5	N., schwach.	Hell.
—	Trier	328,4	1,8	SW., schwach.	Ziemlich Heiter.
7	Flensburg	329,7	0,3	NW., lebhaft.	Heiter.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	330,7	—12,0	NO., schwach.	Halb bedeckt.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	327,7	—2,8	ONO., schwach.	Bedeckt.*)
—	Skudesnäs	330,8	—0,7	NNW., schwach.	Bedeckt.

*) Gestern Abend Schnee, ONO. schwach. Max. +0,8. Min. —0,8.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Jan. 10 U. Ab.	328,51	+0,4	NW. 3.	Heiter.
22. Januar 6 U. Mrg.	328,95	—0,4	W. 2.	Heiter.

Breslau, 22. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 3 Z. U.-P. 4 F. 9 Z. Eisstand.

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Ratibor, 21. Jan., Mittags 12 Uhr. Stand am Pegel 14 Fuß 9 Zoll. Nachm. 4 Uhr: 14 Fuß 4 Zoll. Die Eisdecke ist stellenweise gebrochen.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 22. Januar. Die Abfindungssummen der Depossedirten haben Aussicht auf die Kammerbewilligung. Die Conservativen und zwei Drittel der Nationalpartei stimmen dafür. Dagegen ist der Antrag Sybel's ziemlich aussichtslos.

Man versichert, im Falle eines ernstlichen Widerstandes gegen den hannoverschen Provinzial-Fond wird die Regierung das Gesetz zurückziehen und ein neues einbringen, wodurch den Hannoveranern pro 1868 500,000 Thlr. bewilligt werden; auch wird die Regierung in nächster Session ein allen Provinzen einen verhältnißmäßigen Provinzialfond zuweisendes Gesetz einbringen.

Karlsruhe, 21. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat nach einer zweitägigen Debatte das Contingentgesetz beendigt.

Der Antrag Kirsner's auf Milderung der dreijährigen Präsenzzeit durch thunlichste Beurlaubungen, womit sich die Regierung einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag Kiesel's der Dauer der Wirksamkeit des Gesetzes nur bis zum 31. December 1869, wurde angenommen (Commissionsantrag: bis 31. Decbr. 1870). Uebrigens wurde das Totalgesetz nach den Commissionsanträgen in der Schlußabstimmung mit allen gegen 80 Stimmen angenommen.

Paris, 21. Januar. „Etendard" schreibt: Unsere Privatinformationen gestatten uns zu bestätigen, daß die Zahl der im Westen Rußlands concentrirten Truppen in verschiedenen Zeitungen in hohem Maße übertrieben angegeben ist. Weder in russisch Polen noch in Bessarabien stehen gegenwärtig Truppen in irgendwie außergewöhnlicher Stärke.

Florenz, 21. Januar. Der Senat hielt heute seine erste Sitzung nach der Vertagung. Der Conseilpräsident zeigte die erfolgte Neubildung des Cabinets an. Die einzelnen Minister reichten verschiedene, von der Deputirtenkammer bereits genehmigte Gesetzentwürfe ein.

Die Deputirtenkammer setzte die Budgetberathung fort. Sämmtliche Artikel des Einnahmeetats wurden genehmigt, mit Ausnahme der vorgängig suspendirten. Im Laufe der Debatte erklärte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten mit einer Herabsetzung der Telegraphiegebühren einverstanden.

Die Mehrzahl der Journale beurtheilt das Finanzexposé ungünstig. Die Deputirten Crispi und Bargoni waren heute zur königlichen Tafel geladen.

Italienische Rente 49, 45. Napoleonsd'or 22, 91.

Dublin, 21. Jan. Der Amerikaner Train wurde wieder freigelassen gegen das Versprechen, Nichts für das Feniertbum zu unternehmen.

London, 21. Jan. Earl Derby ist wieder unwohl, und daher außer Stande, dem heutigen Ministerrathe beizuwohnen. (T. B. f. N.)

Wien, 21. Jan. In einem Privat-Telegramm des „Tageblattes" wird das Vorhandensein einer österreichischen Circulardepesche behauptet, welche auf die Fortschritte einer parlamentarischen Regierung besonderen Nachdruck legt und eine Politik friedlicher Neutralität in bestimmtester Weise befürwortet. (T. B. f. N.)

Dublin, 20. Jan. Der Fenier Lennox, welcher angeklagt ist, den Tod des Constablers Kenna veranlaßt zu haben, ist wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode durch den Strang verurtheilt worden. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 21. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 75—68, 65. Italienische 5proc. Rente 43, 25. Oesterr. Staatseisenbahn-Actien 512, 50. Credit-Mobil.-Actien 170, 00. Lomb. Eisenb.-Actien 343, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 338, 75. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81¼. Schönes Wetter. In vergangener Nacht Frost.

London, 21. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35 11/16. Italienische 5proc Rente 43 3/16. Lombarden 13 11/16. Mexicaner 15½. 5% Russen 87. Neue Russen 86½. Silber 60⅝. Türkische Anleihe von 1865 30 15/16. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 71 15/16. — In die Bank von England sind aus Südamerika 14,000 Pfd. Sterl. geflossen.

Frankfurt a. M., 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99¼. Oesterr. National-Anleihe 53¾. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76. Hessische Ludwigsbahn 129¼. Baierische Prämien-Anleihe 99¾. 1854er Loose 60⅛. 1860er Loose 70¾. 1864er Loose 76¾. — Sehr fest. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 184⅞, 1860er Loose 71, Staatsbahn 243. Fest.

Frankfurt a. M., 21. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner beliebt, lebhafter Umsatz. — Amerikaner 76. Creditactien 184, 62. Steuerfreie Anleihe 48 9/16. 1860er Loose 71. National-Anleihe 53¾. 5% Anleihe de 1859 —. Staatsbahn 243, 12.

Wien, 21. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 186, 10. 1860er Loose 83, 50. 1864er Loose 77, 40. Staatsbahn 245, 00. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 55. — Animirt.

Bremen, 21. Jan. Petroleum, Standard white loco 5½.

Hamburg, 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 55. Oesterr. Credit-Actien 78½. Oesterreichische 1860er Loose 69⅝. Staatsbahn 511. Lombarden 337. Italien. Rente 43½. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119¾. Rheinische Bahn 114⅞. Nordbahn 95⅛. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96¼. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 94¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅜. Disconto 1½ pCt. — Valuten fest. 1860er Loose steigend, nach Schluß der Börse 70⅜.

Hamburg, 21. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Roggen ab auswärts, namentlich ab Petersburg bedeutender Umsatz, reichlich 1000 Last zu 1½—2 Thlr. höheren Preisen. Getreide auf Termine gesucht. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Jan.-Febr. 176 Br., 175 Gd., per Frühjahr 177 Br., 176 Gd. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 139 Br., 138 Gd., per Jan.-Februar 138 Br., 137 Gd., per Frühjahr 137 Br., 136 Gd. Hafer fest, aber beschränkt. Rüböl fester, loco 22¼, per Mai 23, per October 23¾. Spiritus ruhig. Kaffee ruhig. Zink unverändert. — Kaltes Wetter.

Antwerpen, 21. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Fest. Raffin Type weiß, loco und per Jan. 44 à 44½ bez., 44½ Br.

Manchester, 21. Jan., Nachm. (Von Hardy Natan u. Sons.) Garne: Notirungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 10¾ d. 30r Water bestes Gespinnst 12½ d. 40r Mayoll — d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor ꝛc. 13 d. 60r Mule, für Indien und China passend 14¼ d. — Stoffe, Notirungen per Stück: 8¼ Pfd. Shirting prima Calvert 117 d. dto. gewöhnliche gute Makes 114 d. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4 oz. 125 d.. Trotz höherer Preise matt und leblos.

Liverpool, 21. Januar, Nachm. Baumwolle: 8000—10,000 Ballen Umsatz. Ruhiger. New-Orleans 8. Georgia 7¾. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 5⅞. Good middling Dhollerah 5⅝. Bengal 5. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Domra 6¼. Fair Domra —. Good fair Domra 6½. Pernam 7¾. Egyptian —. Smyrna 6¼.

Newyork, 21. Jan., Abends. (Per atlant. Kabel.) Wechsel auf London in Gold 109⅝. Goldagio 39⅛. Bonds 110¼. 1885er Bonds 108⅝. 1904er Bonds 102⅞. Illinois 131⅝. Eriebahn 75. Baumwolle 17. Petroleum raffinirt, Type weiß 24½. Mais 1 D. 33 C.

New-Orleans, 18. Jan., Abends. (Per atlantisches Kabel.) Baumwollbericht. (Von Prehn u. Comp.) Middling Orleans 7¼ D., low Middling 7 D. Brutto, incl. „Cost und Fracht" per Segelschiff nach Liverpool.

Havanna, 21. Jan. (Per atlant. Kabel.) Zucker 7½. Wechselcours auf London 11¾—12½.

Bombay, 18. Jan. New-Domra 136 R. = 5 D. „Cost und Fracht" nach Liverpool. Baumwolle lebhaft.

Paris, 21. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 91, 75, pr. Mai-August 92, 25, pr. September-December 92, 25. Mehl pr. Januar 85, 25, pr. März-April 86, 50 fest. Spiritus pr. Januar 65, 00.

Berliner Börse vom 21. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	96 bz.
dito 1859	4½	96 bz.
dito 1856	4½	96¼ bz.
dito 1864	4½	96 bz.
dito 1867	4½	96 bz.
dito 1850/52	4	89¾ bz.
dito 1853	4	89¾ bz.
dito 1862	4	89¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76¾ B.
Pommersche	3½	76½ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85 bz.
Schlesische	3½	83¾ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¼ bz.
Pommersche	4	90½ B.
Posensche	4	89 G.
Preussische	4	88⅞ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92¼ bz.
Sächsische	4	90¾ B.
Schlesische	4	90½ bz.

Louisd'or 112¾ bz. | Oest. Bk. 85¼ bz.
Goldk. 9. 10 G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¾ G.
dito Nat.-Anl.	5	55⅜ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	71 bz. u. G.
dito dito 64	—	44 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	61½ G.
dito Eisenb.-L.	—	71¾ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43¾ à ⅞ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	86 bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57¾ G.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	49¼ bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95½ G.
dito à 300 Fl.	5	92 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53⅛ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76¾ à ⅝ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95½ G.
dito IV.	4½	93 bz.
dito III. v. St. 3¼ g.	3½	77 G.
Cöln-Minden	4½	97 G.
dito II.	5	102 B.
dito	4	83½ G.
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	94⅜ G.
dito IV.	4	83¼ bz.
dito V.	4	83 B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	86½ G.
dito IV. Em.	4½	85½ B.
Gal. Ludwigsb.	5	80½ G. n. 763
Niederschl.-Märk.	4	87¾ G.
dito conv.	4	88 bz.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77⅜ G.
dito C.	4	85⅜ G.
dito D.	4	85⅜ G.
dito E.	3½	77½ G.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	92⅝ bz.
Oesterr.-Franz.	3	260 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209½ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	95½ bz.
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93¼ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29½ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100½ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	136¾ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211¾ bz
Berlin-Görlitz	—	—	4	79½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	159½ B.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	201 b.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137¾ bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62 G.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118⅞ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	136⅞ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77¼ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ bz.
dito dito	—	5	5	89¾ B.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	82⅞ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	170 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	203½ bz.u.G.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	126⅜ bz.
Mecklenburger	3	3	4	75¼ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91 B.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88 B.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76⅞ bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	185½ à ¾ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	165½ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	185½ à ¾ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	138½ à ⅓ à 39 bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	90¾ à 91¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¾ bz. u. G.
R. Oderuf. St.-A.	—	—	5	74¼ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	87½ G.
Rheinische	7	—	4	116⅛ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30⅝ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	128½ bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	58½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157 B.
Braunschw. B.	—	0	4	96 G.
Bremer Bank	6½	8	4	112½ G. j. 110G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	107½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99¼ G.
Gothaer „	7½	5	4	89 G.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	78½ B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118 G.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78¾ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	89⅞ G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ etw. bz.u.G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	152½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64⅛ B.
Weimar	6½	4¼	4	81¾ bz. u. G.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109¼ bz.
Coburg. Credb.A.	8½	4	4	70 B.
Darmstädter „	8½	6½	4	80¾ G.
Dessauer „	—	0	—	2¼ etw. bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108¾ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	22¼ etw. bz.
Leipziger „	4	—	4	87¾ G.
Meininger „	7	—	4	89½ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	17½ G.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79 bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111¾ B.
—				
Minerva	1	—	5	33¾ etw.bz.u.G.
Frb.v.Eisenbdf.	5½	10	5	127½ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143⅜ bz.
dito dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151½ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6.23⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	85⅛ bz.
dito	2 M.	84½ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56.24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅚ G.
dito dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	56.28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93⅝ bz.
dito dito	3 M.	91⅝ bz.
Warschau 20 S.-R.	8 T.	84⅜ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111¼ bz.

Berlin, 21. Jan. Die hiesige Börse überläßt sich nunmehr ganz unbesorgt der festesten Haltung, da sie keinerlei politische Störung in nächster Zeit fürchtet. Wenn wir dessen ungeachtet die Lebendigkeit des Verkehrs und den stetigen Begehr für die sonst beliebten Devisen sich nicht in gleicher Weise fortschreitend entwickeln sehen, so trifft die Schuld davon wohl nicht zum kleinsten Theil die Anstrengungen, welche gemacht werden, um zur Zeit allerhand fremde Werthe hier einzubürgern. So sahen wir in den letzten Tagen die Silberprioritäten der Fünfkirchner Bahn derart poussiren, daß sie heute allerdings sich größerer Beachtung rühmen konnten und mit einem abermals höheren Course, mit 70 gehandelt wurden; ob es den Siebenbürgner Prioritäten, für welche eine Geldnotiz von 70 angegeben wird, ebenfalls glücken sollte, sich hier ein Publikum, wenn auch nur vorübergehend, zu schaffen, wagen wir nicht zu prognosticiren. Ueber Franz-Joseph-Bahn fehlte es heute an verläßlichen Coursangaben. Der inländische Eisenbahnmarkt war, wenn auch fest, doch eigentlich vernachlässigt, Rheinische, Köln-Mindener, Bergische, Stettiner, Löbau-Zittauer zogen, meist aber kaum nennenswerth, an; Hamburger, Potsdamer, Mecklenburger, hielten sich nicht vollständig; Magdeburg-Halberstädter Lit. B. und Thüringer Lit. B. verkehrten zu alter Notiz. Inländische Eisenbahn-Prioritäten behaupteten sich gut, während den russischen nicht das frühere Interesse zur Seite stand, für ältere französische und lombardische Prioritäten legte man etwas mehr an. (B.- u. H.-Z.)

[Breslauer Börse vom 22. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84⅜—½ bez. u. Bf. Oesterr. Banknoten 85¼—⅓ bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 90⅔ bez. Schles. Pfandbriefe 84¼ Br. Oesterr. National-Anleihe 55½ bez. u. Gd. Freiburger 119 Gd. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 186 bez. u. Br. Wilhelmsbahn 77⅛ Br. Oppeln-Tarnowitzer 74¼ Br. Oesterr. Creditbank-Actien 79 Gd. Schles. Bank-Verein 111½ Gd. 1860er Loose 71½ Gd. Amerikaner 76⅝ bez. u. Gd. Warschau-Wiener 58½ Br. Minerva 34¼ bez. u. Br. Baierische Anleihe —. Italiener 43⅜ bez. u. Br.

Breslau, 22. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	118—120	113	106—109	Gerste	66—67	63	57—60
do. gelber,	115—117	112	105—107	Hafer	42—43	41	40
Roggen	92	91	90	Erbsen	76—80	74	70—72

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen.**

Raps	192	182	168	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	178	168	158	
Sommerrübsen	166	156	146	
Dotter	164	154	144	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 19⅓ Br. 18 11/12 Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 10,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berlin, 21. Januar. Weizen loco 89—106 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 78—80pfd. 76¾—77½ Thlr. pro 2000 Pfund bez. — Rüböl loco 10⅓ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅞—19 23/24 Thlr. bez., pro Januar, Jan.-Febr. und Febr.-März 20 1/12—19 11/12 Thlr. bez., April-Mai 20 13/24—7/12 Thlr. bez., Mai-Juni 20⅔—½ Thlr. bez., Juni-Juli 21 1/12—21 Thlr. bez.

Breslau, 22. Januar. Am heutigen Markte blieb für Getreide feste Stimmung vorherrschend, die neuerdings höheren Forderungen erschwerten jedoch den Geschäftsverkehr.

Weizen war beachtet, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 105 bis 119 Sgr., gelber 105—117 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen gefragt, pr. 84 Pfund 90—91 Sgr., feinste Sorte 92 Sgr. bezahlt. — Gerste sehr fest, pr. 74 Pfund gelbe 57 bis 60 Sgr., helle 62—65 Sgr., weiße 66—68 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, begehrt, pr. 50 Pfund 41—42 Sgr., feinste Sorte 43 Sgr. bezahlt. — Erbsen schwach beachtet. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten fester. — Lupinen reichlich angeboten, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen schwach beachtet, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen mehr beachtet, 62—64 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr. pr. Ctnr.

Kleesaat wenig angeboten, rothe in fester Haltung, 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße begehrt, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Für die Nothleidenden Ostpreußens gingen ferner ein:

Von Fleischer-Innungsältesten Lehmann 5 Thlr., verw. Frau Wurstfabrikant Dietrich 3 Thlr., H. Brahl 2 Thlr., Dr. Eger 5 Thlr., Dr. Wossidlo 2 Thlr., von Zöglingen des Knaben-Hospitals in der Neustadt 1 Thlr. 16 Sgr., Sanitätsrath Dr. Paul 3 Thlr., M. St. 10 Sgr., Loge zur weißen Taube in Neisse (zweite Sendung) 22 Thlr., Maurer- und Zimmer-Innung in Neisse 10 Thlr., Ertrag eines Spiel-Abends bei N. Berner in Reichenbach 2 Thlr. 20 Sgr., Döring und Lindner 2 Thlr., Gebrüder Sommé 10 Thlr., Christ. Prüfert 2 Thlr., verw. Frau Particulier C. E. Garn, geb. Barchewitz 25 Thlr., G. S. 1 Thlr., Marcus Sachs 10 Thlr., Loge auf dem Dom 145 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., Goldarbeiter Heinke 2 Thlr., C. S. 5 Thlr., Schuhmacher A. Berthold 1 Thlr. 10 Sgr., Schlosserinnung 25 Thlr., Curatus Redlich 2 Thlr., verw. Frau Commerz.-Räthin Nanny Friedländer 25 Thlr., Kaufmann Joël Cassirer 2 Thlr., R. K. 6 Thlr., D. E. Hentschel 10 Thlr., verwittwete Frau Justiz-Rath Klingberg 5 Thlr., Particulier Seeliger 5 Thlr., von einer ungenannten jungen Dame 1 Thlr., Kaufmann A. Rother in Grottkau 10 Thlr., durch Pastor Etzler von Wittwe Pohl 1 Thlr., Wittwe Kretschmer 1 Thlr., Dienstmädchen Pauline Puth 2 Sgr. 6 Pf., zus. 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., A. Willert 10 Thlr., H. Teller zu Emilienhof 5 Thlr., Schüler der Ober-Quarta der Realschule am Zwinger 5 Thlr. 15 Sgr., zweite Klasse der St. Mauritius-Schule und deren Lehrer Walke 3 Thlr., Forstdirector Winkler 5 Thlr., Gabe des Privatdocenten und Bibliotheks-Custos Dr. Max Karow, Ertrag eines für die Nothleidenden von ihm gehaltenen Vortrages über altpreußisch-litthauischen Volksglauben, Sprache und Poesie, 35 Thlr. 12 Sgr., Major Hübner 3 Thlr., W. Seidelmann 2 Thlr., Bäckermstr. Deemig und Fräul. A. Müller 5 Thlr., Friedrich Deemig 10 Sgr., C. W. S. 10 Sgr., Lieutenant a. D. Cebrian 5 Thlr., Kaufmann Paul Knaus 10 Thlr., J. Ephraim 3 Thlr., H. 10 Sgr.. Hausbesitzer Sokolowski 2 Thlr., Handl. A. Strehlitz u. Co. 10 Thlr., von den Beamten des Kreisgerichts in Ohlau 25 Thlr., Consul Cohn 30 Thlr., Otto Tietze 10 Thlr., Geschwister Senftner 5 Thlr., 5. Samml. der Bresl. Hausblätter durch Pfarrer Dr. Wick 127 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf., von der ev. Elem.-Schule Nr. 1 13 Thlr., Madame Löwe 2 Thlr., ev. Elem.-Schule Nr. 4 4 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf, Töpfermittel 10 Thlr., ev. Elem.-Schule Nr. 28 6 Thlr., höhere Töchterschule des Frl. Eitner 62 Thlr. 5 Sgr., ev. Elem.-Schule Nr. 5 5 Thlr. 6 Sgr., Ungen. 5 Sgr., Ungen. 20 Sgr., Dr. Schröter 20 Sgr., Frl. Kitscher 1 Thlr., Ungen. 1 Thlr., 2 Lehrer und einige Schüler der ev. Elem.-Schule Nr. 17 4 Thlr., von 2 Hospitaliten 12 Sgr. 6 Pf., Ungen. 20 Sgr., Wirthschaftsinsp. Krischke in Karschin 2 Thlr. 10 Sgr., dessen Dienstpersonal 2 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., Dorfgemeinde Karschin 15 Thlr. 9 Sgr., Dorfgemeinde Sedczyn 4 Thlr. 6 Pf., Dominium und Gemeinde Woitsdorf 20 Thlr., Sammlung von Scharleyer Beamten und Arbeitern durch Schichtmeister Lamprecht 162 Thlr. 14 Sgr., zusammen 973 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., hierzu die früher veröffentlichten 15,844 Thlr. 8 Pf., Summa 16,817 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf. und 3 alte Goldstücke.

Breslau, den 21. Januar 1868.

Das Comite. J. Vertr. (gez.) J. A. Franck.

Für die **Nothleidenden in Ostpreußen** gingen ferner bei uns ein:

A. In baarem Gelde:

Von A. K. 1 Thlr., Sammlung unter dem Offizier-Corps des Leib-Kürassier-Regiments (Schlesisches) Nr. 1 130 Thlr., Frau Commercienrath Landau 25 Thlr., Frau Finkerney und Töchter 5 Thlr., Baron v. Saurma-Sterzendorf 25 Thlr., Dienstmädchen M. S. 5 Sgr., G. Simon 5 Thlr., Frau Rittergutsbesitzer Lieutenant Schaaffhausen auf Heydänichen 10 Thlr., Ungenannt 1 Thlr., die hiesige Maurer- und Steinhauer-Innung 50 Thlr., Ertrag der Haus-Collecte am 20. d. M. 81 Thlr. 3 Sgr. 11 Pf. Im Ganzen bis heute: 2766 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.

B. An Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln ꝛc.

Tischlermeister W. Buchmann 1 Packet Kleidungsstücke, Ungenannt 1 Packet desgl., Frau Professor Lange 1 Packet desgl., P. P. ein Rock und 1 Hose, H. 1 Packet Graupe und ein dito Bohnen, A. R. 1 Packet Kleidungsstücke, Ungenannt aus Saarau 16 Pfund Raucherfleisch, in Bekanntenkreisen durch Frau herzoglich Braunschweig'sche Kammer-Präsidentin Natalie v. Keltsch in Oels gesammelt: 1 größere Quantität Kleidungsstücke, Agnese v. Bieberstein, geb. Gräfin v. Krockow in Neisse 1 Kiste desgl.

Zur Entgegennahme fernerer Beiträge sind wir gern bereit.

Breslau, den 21. Januar 1868. [996]

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.

C. G. Stetter, Cassirer des Vereins i. A., Carlsstraße Nr. 20.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.